

„Es ist jetzt der absolut richtige Moment, das Wohnbauförderungssystem zu vereinfachen und stärker sozial auszurichten.“  
(Seite 6)

Landeshauptmann  
Mag. Markus Wallner



## Hämmerle fordert Hilfe für Ältere jetzt – nicht erst 2017

Aus dem Inhalt

AKtion EXTRA:  
AK-Wahl 2014

Die Vorarlberger Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter für die AK-Vollversammlung.



Seite 3

Umschlag



AK-Präsident Hubert Hämmerle gratuliert Schauspieler Harald Krassnitzer zu seiner gelungenen Rede beim Neujahrsempfang der AK Vorarlberg.

Seite 12

Geplante Obsoleszenz: EU schiebt Riegel vor

Etiketten sollen künftig die Mindestgebrauchsdauer von Waren garantieren und Verbraucher besser schützen.

Seite 3

EU gegen Ausbeutung der Praktikanten

Die EU-Kommission hat einen „Qualitätsrahmen“ vorgeschlagen, um faire Arbeits- und Entgeltbedingungen für Praktikanten sicherzustellen.

Seite 5

Problemfall: Schimmel in der Mietwohnung

Bei Schimmel in der Wohnung kommt es oft zum Streit: Wer ist für den Mangel verantwortlich und wer muss ihn wieder beheben?

Seite 8

Bildung: Österreicher sind schwache Leser

Laut der PIAAC-Studie können zwanzig Prozent der Österreicher nicht oder nur ungenügend lesen.

Seite 11

Aktivitäts- und Schlaf-Tracker gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die Aktion einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit.



Seite 12

Kalender 2014

Holen Sie sich wieder den praktischen Taschenkalender der AK Vorarlberg. Behalten Sie wichtige Termine im Auge und dokumentieren Sie Ihre Arbeitszeit. Auch zahlreiche Hinweise finden Sie in dem Kalender, wie zum Beispiel Termine von Märkten, Ausstellungen, Festivals und anderen Veranstaltungen in Vorarlberg.



Telefon 050/258-8000,  
bestellen@ak-vorarlberg.at

## Erfolg: Wohnen wird endlich wieder leistbarer

Wohnen muss wieder leistbar sein. Das forderte die AK Vorarlberg schon seit einigen Jahren. Der stete Druck hat Wirkung gezeigt: Die Wohnbauförderung wurde neu geregelt. Nun steht der soziale Aspekt wieder im Vordergrund.

Die Kosten fürs Wohnen – und auch fürs Bauen – laufen seit Jahren aus dem Ruder. Tausende Österreicher be-

kamen die finanzielle Belastung immer mehr zu spüren. Die AK Vorarlberg und andere Sozialpartner wurden deshalb nicht müde, immer wieder auf das Problem hinzuweisen. Auf dem Baupfel Ende 2013 wurden nun endlich die Weichen für leistbares Wohnen gestellt und eine Neuregelung der Wohnbauförderung erreicht.

Das System, welches bisher auf fünf fixen Förderstufen beruhte,

wurde auf eine Basisförderung mit zusätzlichen Bonus-Möglichkeiten umgestellt. „Außerdem“, erläutert Landeshauptmann Mag. Markus Wallner im Interview mit Aktion, „haben wir die Bauwirtschaft gebeten – weil dort die Praktiker sitzen – uns einmal genau zu beleuchten, welche Bauvorschriften Zusatzkosten erzeugen. Es ist ein Katalog von über 50 Vorschlägen entstanden, wie die Kosten reduziert werden könnten.“ Die Möglichkeit, jetzt österreichweit etwas zu bewegen, ist also gegeben. Sollte dies nicht der Fall sein, so Markus Wallner, werde er den Mut haben, mit einer Bautechnik-Verordnung des Landes zu reagieren. (Seiten 6 und 7)

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice  
Tel. 050/258

- Betriebsreferat – 1500
- Info Arbeitsrecht – 2000
- Insolvenzrecht – 2100
- Sozialrecht – 2200
- Lehrlinge/Jugend – 2300
- Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
- Familie/Frauen – 2600
- Konsumentenschutz – 3000
- Steuerrecht – 3100
- AK Bregenz – 5000
- AK Dornbirn – 6000
- AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Rekordarbeitslosigkeit – und die Regierung schläft“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als während der „schwarz-blauen“ Regierungskoalition die Arbeitslosigkeit stieg, war die mediale Empörung enorm und insofern auch erfolgreich, als der damals zuständige Minister Bartenstein eine deutliche Erhöhung der Mittel für das AMS durchsetzte. Heute steuern wir auf eine weitaus höhere Arbeitslosenquote zu. Der logische Schluss daraus, massiv dagegen anzusteuern und über wirtschaftspolitische Maßnahmen die Rahmenbedingungen für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zu verbessern, wird nicht einmal andiskutiert. Mit dem Hinweis, wir sind in Europa sowieso die Besten, wird versucht, dem

Thema aus dem Weg zu gehen. Dabei waren es vor noch wenigen Jahren gerade der ÖGB und die BAK zusammen mit der SPÖ, die sich jeglichen Verweis auf die europäischen statistischen Daten verbaten und der Regierung vorwarfen, damit nur Schönfärberei betreiben zu wollen. Wo bleibt heute diese kritische Betrachtungsweise?

Welche Forderungen werden an den zuständigen Sozialminister gerichtet?

Warum wird seine Verantwortung nicht eingefordert? Denn Tatsache ist und bleibt: Jeder Arbeitslose ist einer zu viel und keinem Arbeitslosen nützt der Hinweis, dass es woanders noch viel schlechter ist.

Besonders dramatisch ist die Situation für die älteren Arbeitnehmer. Wer

in Österreich mit über 50 Jahren arbeitslos wird, kann sich auf eine lange Durststrecke einstellen. In kaum einem Land gilt Diskriminierung aufgrund des Alters als salonfähig, außer in Österreich. Jene, die bei jeder Gelegenheit für die Anhebung des Pensionsalters sind, rühren sich keinen Millimeter, wenn es darum geht,

„Arbeitsmarktmittel aufstocken und Investitionen in Arbeitsplätze belohnen.“

altersgerechte Arbeitsplätze anzubieten. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz wurden in Österreich diesbezüglich keinerlei Fortschritte erzielt. Und auch die im neuen Regierungsprogramm vorgesehene Wiedereinführung eines Bonus-Malus-Systems wurde sinnigerweise auf das Jahr 2017 vereinbart. So ganz nach dem Motto, wir haben ja jetzt noch gar kein Problem.

In dieser Phase rasch zu reagieren wäre wohl richtiger, als zuzuwarten. Mit zusätzlichen steuerlichen Anreizen für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen und der Abschaffung von lohnabhängigen Abgaben, wie beispielsweise dem Beitrag der Unternehmen zum Familienlastenausgleichsfonds, könnte jenes Klima geschaffen werden, das Firmen beziehungsweise Privatpersonen veranlasst, mehr in die Realwirtschaft und weniger in Finanzmarktprodukte und in Immobilien zu investieren. Dazu aber bräuchte es Parteien, denen es zu wenig ist, nur an der Regierung beteiligt zu sein.

AK-Direktor Rainer Keckeis

Impressum

AKtion

Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz  
Herausgeber, Medieninhaber  
und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Offenlegung gemäß § 25 Medien-gesetz: siehe [www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm](http://www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm)

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Stephanie Scherrer

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Dietmar Mathis, Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Fotolia

Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

## Leserforum

### „Auf dem Rücken der Arbeitnehmer“

**AKtion Dezember 2013: Lohnkürzung durch flexible Arbeitszeiten**  
Eine Arbeitszeitflexibilisierung kann eine gute Möglichkeit sein, um die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen zu stärken. Doch sie darf in keinem Fall auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Es darf niemals Zwang werden und sollte in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden können. Wenn durch solche Vereinbarungen Betriebsergebnisse

verbessert werden können, dann sollte auch der Arbeitnehmer anteilmäßig am Geschäftserfolg beteiligt werden. Eine freiwillig gewollte gute Zusammenarbeit der Sozialpartner kann, wenn sie richtig gelebt wird, die Leistung sogar steigern. Nur zufriedene, mitdenkende Beschäftigte sichern langfristig den Erfolg des Unternehmens. Heu einbringen kann man nur, wenn die Sonne scheint, und Aufträge sind abuarbeiten, wenn sie hereinkommen. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer daraus Nutzen ziehen können und sich zur Zufriedenheit beider freiwillig auf eine Lösung einigen können, dann könnte eine Flexibilisierung durchaus auch etwas Positives sein.

Thomas Koschat, Dalaas

### Ein Dankeschön an die Konsumentenberatung

**AKtion Dezember 2013: Extra zur AK-Konsumentenberatung**  
Ich finde, es ist an der Zeit, den 16 Mitarbeiter(innen) der AK-Konsumentenberatung „Danke“ zu sagen für so viel Engagement sowie für die vielen Einsätze für uns Konsument(innen). Ganz toll finde ich, dass auch Menschen, welche keine Arbeiterkammerumlage bezahlen, von der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg unterstützt werden. Herzlichsten Dank!

Ingrid Grasbon, Bludenz

Haben auch Sie etwas zu sagen? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: [leserbrief@ak-vorarlberg.at](mailto:leserbrief@ak-vorarlberg.at)

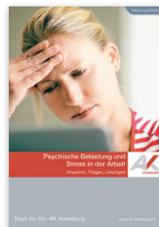


### Über 4000 Euro für kranke Kinder

Der Verein „Sonnenblume“ unterstützt chronisch Kranke Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien in Vorarlberg. Jährlich zur Weihnachtszeit verkaufen die AK-Funktionäre sowie AK-Präsident Hubert Hämmerle im Zimbapark und im Messepark Keksaustecher und sammeln so aktiv Geld für den Verein. In diesem Jahr durften Obfrau Manuela Ortner (links) und Brigitte Selb einen Scheck über 4620 Euro entgegen nehmen. „Wir freuen uns über die Treue und den jährlichen Einsatz der Arbeiterkammer. Auch möchten wir den Sammlern der Keksaustecher herzlich für ihre Unterstützung danken“, so Ortner.

### Arbeit und Gesundheit

Arbeit darf nicht krank machen – trotzdem sind viele Arbeitnehmer täglich physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Die Folge: Langzeitkrankenstand und Frühpension. Es ist höchste Zeit, dass die Arbeitsbedingungen den Arbeitnehmern angepasst werden.



Die AK Vorarlberg bietet zu diesem Thema einige hilfreiche Broschüren an wie „Arbeitnehmerschutz und Gesundheit“ oder „Psychische Belastung und Stress in der Arbeit“.



Telefon 050/258-8000, [bestellen@ak-vorarlberg.at](mailto:bestellen@ak-vorarlberg.at)

### Deutsche Arbeitgeber sind unzufrieden

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens McKinsey klagen 26 Prozent der deutschen Arbeitgeber über fehlende Qualifikationen beim Nachwuchs. Die EU-Bildungskommission sieht in den fehlenden Fertigkeiten eine Bedrohung für Europas künftigen Wohlstand. Die Autoren der Studie schlagen eine stärkere Zusammenarbeit von Ausbildungssituationen und Wirtschaft vor. Sinnvoll seien auch frühere praktische Erfahrungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Für die Untersuchung wurden über 8500 junge Menschen, Arbeitgeber und Vertreter von Bildungseinrichtungen in Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien und Schweden befragt.

### Schwangere Friseurin gekündigt

Ein Arbeitgeber kündigte seiner schwangeren Angestellten (Friseurin). Angeblicher Grund: Der Betrieb wurde von einer anderen Firma übernommen. Die werdende Mutter erfuhr von der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, als sie bei der Gebietskrankenkasse das ihr zustehende Wochengeld beantragen wollte. Ihr Arbeitgeber hatte sie wenige Tage zuvor abgemeldet. Die AK wies den neuen Arbeitgeber darauf hin, dass das Arbeitsverhältnis bei einem Betriebsübergang aufrecht bleibt. Der Sachverhalt konnte jedoch erst vor Gericht geklärt werden. Das Arbeitsverhältnis wird fortgesetzt und offene Sonderzahlungen wurden nachgezahlt.

### Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit im Wert von rund 100 hat Elisabeth Spiegel aus Hohenems gewonnen.

Wir gratulieren!

MOFF

HADERER in Aktion

[www.onlinemoff.at](http://www.onlinemoff.at)





Angeblich zu alt, angeblich zu teuer und vor die Tür gesetzt ... Unternehmen sollen (wieder) einen Malus zahlen, wenn sie ältere Arbeitnehmer diskriminieren.

# Hilfe für die Generation 50+: „Kein Grund zu warten“

Von der AK Vorarlberg gefordert, hat die Bundesregierung die Wiedereinführung des Bonus-Malus zur Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern beschlossen – allerdings erst ab 2017. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, so lange zu warten“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle, „Wir brauchen diese sinnvolle Maßnahme jetzt!“

Die Arbeitsmarktdaten zum Jahreswechsel sind für AK-Präsident Hubert Hämmerle ein Alarmzeichen. Der De-

zember 2013 hatte insgesamt einen massiven Einbruch am Stellenmarkt gebracht, die höchste Steigerung verzeichnete das AMS dabei bei den über 50-Jährigen. Im Jahresvergleich waren 390 Menschen der Generation 50+ mehr als arbeitslos gemeldet – 19,1 Prozent mehr als zum Jahreswechsel 2012. Dass auch die Zahl der Schulungsteilnehmer in dieser Altersgruppe annähernd gleich geblieben ist, deutet für AK-Präsident Hubert Hämmerle darauf hin, dass bei akuten Problemen wieder verstärkt die älteren Arbeitnehmer zum Handkuss kommen. Zu alt, deshalb angeblich zu teuer und angeblich mit zu hohem Krankheitsrisiko behaftet. So und ähnlich lautet oftmals die Argumentation. Zahlreiche Studien belegen nämlich, wie haltlos derartige Vorurteile sind.



hat sich schon einmal zwischen 1996 und 2006 bewährt. Man muss das Rad nicht neu erfinden.“

**Sinnvolle Maßnahme**  
AK-Präsident Hubert Hämmerle ist froh, dass die neue Bundesregierung

„Es war kurzfristig, das Bonus-Malus-System für ältere Arbeitnehmer abzuschaffen.“

AK-Präsident Hubert Hämmerle

die Vorteile des Systems (siehe Kästen) prinzipiell erkannt hat und den Bonus-Malus wieder einführen will. „Allerdings, und das ist mir unverständlich, soll das erst im Jahr 2017 der Fall sein. Das Bonus-Malus-System ist eine sinnvolle Maßnahme, und es gibt keinen Grund, so lange zu warten.“ Die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, der Generation 50+ zu helfen.

**Große Signalwirkung**  
Die sozialversicherungsrechtliche Änderung würde Unternehmen belohnen, die ältere Personen einstellen beziehungsweise auch in turbulenten Zeiten zu ihren langjährigen Mitarbeiter steht.

Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hatte das Forschungsinstitut Synthesis in einer Studie bewiesen, dass das Bonus-Malus-System unzweifelhaft „eine höhere Integrationswirkung“ hatte als andere Maßnahmen des AMS. Vorrangig, so die Forscher,

sei nicht einmal die reine Kosten-Nutzen-Rechnung für die Betriebe der größte Nutzen des Systems gewesen. Vielmehr griff die damit verbundene Signalwirkung, älteren Bewerbern überhaupt „größere Aufmerksamkeit“ zu schenken sowie die offenbar guten Erfahrungen der Betriebe mit neuen älteren Mitarbeitern: Der niedrige Prozentsatz an wieder aufgelösten Dienstverhältnissen nach kurzer Zeit war auffällig. „Es war kurzfristig, das Bonus-Malus-System abzuschaffen“, kritisiert Hämmerle.

**Wertschätzung durch Politik**  
Der Bonus muss einen hohen Anreiz ausüben, gleichzeitig der Malus spürbar ausfallen, fordert AK-Präsident Hubert Hämmerle. „Die rasche Wiedereinführung wäre auch ein klares Signal der Politik: eine Wertschätzung der älteren Arbeitnehmer, die ihnen zusteht!“

**So funktionierte das System**

**Der Bonus**  
Damit wurde die Bereitschaft von Betrieben verstärkt, bei der Besetzung von freien Stellen auch Erwerbstätigen über 50 Jahre eine Chance zu geben. Für Dienstgeber entfiel ihr 3-Prozent-Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

**Der Malus**  
Betriebe, die das Beschäftigungsverhältnis mit langjährigen Mitarbeitern auflösten, mussten mit einem Malus rechnen. Auch er orientierte sich an der Beitragsgrundlage zur Arbeitslosenversicherung.

EU-Ausschuss schlägt Etiketten vor, die die Mindestgebrauchsdauer von Waren garantieren

## Absage an Produkte, die gezielt „ex“ gehen

Produkten, die so gefertigt sind, dass sie kurz nach Ablauf der Garantie nicht mehr funktionieren, soll nach Plänen der EU der Kampf angesagt werden.

Viele Konsumenten beschleicht der Verdacht, dass Hersteller bei bestimmten Produkten gezielte Schwachstellen einbauen oder andere Mittel anwenden, damit ein Produkt nach einer gewissen Zeit „den Geist aufgibt“ und man sich auf den Neukauf auf den Weg

machen muss. Für diese Geschäftsstrategie hat die Fachwelt sogar einen eigenen Begriff: geplante Obsoleszenz. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) der EU hat eine Stellungnahme zum Thema Produktlebensdauer und Konsumenteninformation verabschiedet, die der geplanten Obsoleszenz mit ihren negativen Folgen den Kampf ansagt. Drei Strategien beziehungsweise Lösungen sind für den EWSA denkbar oder notwendig:

- Druck auf Unternehmer, ihre Waren so herzustellen, dass sie leichter repariert werden können; Konsumenten sollten besser über die geschätzte Gebrauchsdauer informiert werden
  - Die beste Lösung wäre nach Ansicht des EWSA ein Etikettierungssystem, das eine Mindestgebrauchsdauer garantiert.
  - Hersteller sollten die Kosten fürs Recycling tragen, wenn die Gebrauchsdauer ihrer Waren weniger als fünf Jahre beträgt.
- Produkte, die sich reparieren lassen, hätten zumindest einen Beschäftigungseffekt für Europa. Denn die Produktion ist vielfach längst in Billiglohnländer ausgelagert. Noch in diesem Jahr will der EWSA eine große Diskussionsrunde mit allen Akteuren veranstalten.



Würden wir weniger wegwerfen, stiege Beschäftigung durch Reparatur.

## Ungleichgewicht bei den Steuern

Wie ungerecht das österreichische Steuersystem ist, zeigt einmal mehr die Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria: 2012 stieg das Lohnsteueraufkommen um sieben Prozent, die Bruttobezüge hingegen lediglich um 4,3 Prozent. Durch die kalte Progression kommen Lohnzuwächse nur zu einem Bruchteil bei den Beschäftigten an. AK-Präsident Hubert Hämmerle hält trotz vagen Ankündigungen der neuen Bundesregierung für spätere Jahre an der Forderung einer raschen Steuerreform fest, die die Arbeitnehmer spürbar entlastet.

## Ungleichgewicht bei den Kapitalerträgen

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) hat die Verteilung der Einkommen aus Zinsen, Dividenden und Mieterträgen in Österreich ermittelt. Demnach lukriert ein Prozent der Haushalte rund 8000 Euro monatlich an Kapitaleinkommen. Der rechnerische Mittelwert liegt bei rund 200 Euro – jährlich. Denn 90 Prozent der Haushalte haben überhaupt keine nennenswerten Kapitaleinkünfte.

## Immo-Hoch im Land überschritten

Im Vorjahr haben in Vorarlberg um ein Viertel weniger Immobilien den Besitzer gewechselt als noch im Jahr 2012. Das errechnete der Immobilienvermittler Remax anhand von Grundbuchdaten. Während österreichweit die Immobilienpreise 2014 um ein Prozent sinken werden, wird für Vorarlberg genau die gegenteilige Entwicklung erwartet.

## „Mit Burnout ist man kein Tachinierer ...“

Die Ansicht über Burnout wandelt sich deutlich: 48 Prozent beurteilen Burnout als eine „ernstzunehmende Krankheit durch Überlastung im Beruf“ – auch wenn private Umstände mitverantwortlich seien. Nur zwölf Prozent finden, dass Burnout eine „Modeerscheinung ist und von den betroffenen Arbeitnehmern oft vorgeschoben wird“. Credo: Mit Burnout ist man kein Tachinierer mehr. Die aktuellen Zahlen hat ein großer Personaldienstleister ermittelt und dazu repräsentativ in Österreich 1010 Personen befragt. Weitere Ergebnisse: Laut der aktuellen Umfrage, die halbjährlich durchgeführt wird, sind 87 Prozent der Meinung, dass der Stress zugenommen hat. Dabei spielt das Alter so gut wie keine Rolle, während sich Frauen häufiger unter Druck sehen als Männer.

## Kurz gemeldet ...

- Seit der Finanzkrise 2008/09 hat sich die Zahl der Finanzdienstleister in Vorarlberg um rund 30 Prozent von 560 auf 400 verringert.
- Wer ständig mehr arbeitet und Überstunden schiebt, wird dümmere. Zu diesem Ergebnis kommen finnische Wissenschaftler nach fünfjähriger Beobachtung. Zum Beispiel schrumpfte ab 55 Wochenstunden der Wortschatz. ► Die Krise hat die Briten in ungesunde Essgewohnheiten getrieben. Das durchschnittliche Körpergewicht legte bei Männern und Frauen deutlich zu, obwohl die Haushalte heute weniger Kalorien zu sich nehmen als noch 1980. ► Mit einem Vorurteil räumt eine globale Studie unter US-Führung auf: Nicht die „ganze Jugend“, sondern nur 30 Prozent der Weltjugend sind im Internet aktiv.

## Lehrlingstipp

## Lohnzettel

Petra absolviert eine Lehre als Einzelhandelskauffrau in einem kleinen Lebensmittelgeschäft und befindet sich derzeit im zweiten Lehrjahr. Die monatliche Lehrlingsentschädigung hat sie während des gesamten ersten Lehrjahres bisher immer bar auf die Hand bekommen. Einmal waren es 500 Euro, dann wieder 530 Euro. Die Beträge variierten stark und waren für Petra nicht nachvollziehbar. Von ihren Schulkollegen hat sie jedoch gehört, dass diese mehr verdienen und auch jeden Monat einen Lohnzettel erhalten haben. In der Lehrlings- und Jugendabteilung der Arbeiterkammer erfährt Petra, dass jeder Lehrberechtigte dazu verpflichtet ist, eine Lehrlingsentschädigung zu zahlen. Die Höhe dieser Lehrlingsentschädigung ist im jeweiligen Kollektivvertrag (in Petras Fall dem Handelskollektivvertrag) festgelegt. Dieser regelt auch die Höhe der Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). Weiters ist der Lehrberechtigte verpflichtet, dem Lehrling monatlich einen Lohnzettel auszuhändigen, auf welchem die Lohnbestandteile wie Lehrlingsentschädigung (brutto), Überstunden, Sonderzahlungen, eventuelle Zulagen, aber auch Abzüge wie beispielsweise die Sozialversicherung aufscheinen. Sollte die Lehrlingsentschädigung beziehungsweise Teile davon (zum Beispiel Überstunden) nicht ausbezahlt werden, dann sind diese Ansprüche unverzüglich beim Lehrberechtigten (schriftlich) geltend zu machen, da sie sonst verfallen können. Im Zweifelsfall lohnt es sich immer Kontakt mit der Lehrlings- und Jugendabteilung der AK aufzunehmen.



Mag. Marcus Mayer

Informationen und Beratung:  
[www.akbasics.at](http://www.akbasics.at)

## Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder hatte die AK Feldkirch Besuch von vielen Schülern sowie deren Lehrern. Der Leiter der Lehrlings- und Jugendabteilung, Mag. Marcus Mayer, erläuterte ihnen die zahlreichen Serviceleistungen sowie den Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer.



Die Jugendlichen von JobAhoi der offenen Jugendarbeit Dornbirn.



Die Klasse Handel/Büro (Höhere) der Polytechnischen Schule Bregenz.



Der Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung.



Drei Wochen lebte und arbeitete Lehrling Anna Dockal in Deutschland – ein Lehrlingsaustausch-Projekt der Landesberufsschule Feldkirch machte es möglich.

# Ausgetauscht: Lehrlinge schnuppern deutsche Luft

**Einmal im Ausland arbeiten und Neues kennen lernen – Anna Dockal, angehende Einzelhandelskauffrau, hat es ausprobiert und drei Wochen in Deutschland gearbeitet und gelebt.**

Ein Lehrlingsaustausch – Anna Dockal war sofort begeistert von der Idee und meldete sich für das Projekt. Seit bereits acht Jahren gibt es an der Landesberufsschule Feldkirch den Lehrlingsaustausch – allerdings nur für den Elektrobereich. Letztes Jahr wurde das Projekt erstmals mit Lehrlingen im dritten Lehrjahr aus der Lebensmittelbranche durchgeführt – sieben Lehrlinge aus den Berufsgruppen Bäcker, Konditor und Fleischer durften diese Erfahrung machen. Anna Dockal absolviert eine Lehre zur Einzelhandelskauffrau im „Natur und Kost“ in Feldkirch. Eigentlich war sie keine Kandidatin für das

Austausch-Projekt. „Für mich machten sie eine Ausnahme“, freut sich die 19-Jährige aus Bludenz.

## In fremde Läden schnuppern

Insgesamt sieben Lehrlinge aus der Feldkircher Berufsschule tauschten ihre Erfahrungen mit Lehrlingen der gleichen Branche aus Oldenburg in Deutschland aus. Im März 2013 lebte eine Gastschwester drei Wochen bei Anna und ihrer Familie. „Sie hat mit mir gearbeitet, ging mit mir zu Schule, verbrachte mit mir ihre Freizeit“, erzählt die angehende Einzelhandelskauffrau.

Im September besuchte die Jugendliche dann ihre deutsche Gastfamilie. Anna: „Während der ersten Woche habe ich bei meiner Gastschwester in der Bäckerei gearbeitet. Es war interessant, mal in einen anderen Beruf zu schnuppern. Auch etwas merkwürdig,

da die Deutschen mit Semmeln ganz andere Brote meinen als wir.“

Nach der ersten Woche konnte die angehende Einzelhandelskauffrau dann in einem Bioladen arbeiten. Das war die Bedingung ihrer Chefin. „Als ich in meinem Betrieb vom Lehrlingsaustausch erzählt habe, waren sie sofort begeistert. Allerdings gab es eine Bedingung: Ich sollte auch in Deutschland in einem Bioladen arbeiten können. Sie hatten Sorge, dass mir der Austausch nichts bringt und ich nichts lerne“, erläutert Anna.

## Unterschiede zweier Länder

Und worin unterscheidet sich die Lehre beziehungsweise Arbeit in Deutschland von der in Österreich? „Große Unterschiede gibt es eigentlich nicht“, so die 19-Jährige. „Was mir gut gefallen hat, war das System in den Berufsschulen.

Während bei uns die Lehrlinge im Verkauf zum Beispiel alle in einer Klasse sitzen, werden in Deutschland die Schüler je nach Branche aufgeteilt. Es gibt also eine Klasse für Bäcker, für Konditoren, für Fleischer und so weiter. Dadurch können sie viel mehr in die Tiefe gehen und fachspezifischer unterrichten.“

Weniger gefallen hat ihr die Arbeit im Bioladen. „Das Geschäft war viel größer als unseres in Feldkirch. So wie ein Spar bei uns zum Beispiel“, beschreibt sie die Arbeit. „Dadurch sind die Angestellten hauptsächlich mit dem Auffüllen der Regale beschäftigt. Die Beratung der Kunden geht da unter. Das habe ich sehr schade gefunden, denn das ist es, was mir an meinem Beruf sehr gefällt und wichtig ist.“

Annas Fazit nach dem Austausch: „Ich würde sofort wieder mitmachen. Ich kann es jedem nur empfehlen.“

Jetzt Geld vom Finanzamt zurückholen

## Negativsteuer: Hol dir dein Geld zurück

Zwar bezahlst du als Lehrling vielleicht noch keine Lohnsteuer – Pendlerpauschale und eine teilweise Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge kannst du aber trotzdem beantragen.

Als Lehrling bezahlst du bis zu einem Einkommen von 1190 Euro (Stand 12/2013) brutto monatlich keine Lohnsteuer. Du kannst dir jedoch einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge zurückholen. Bis zu 110 Euro werden dir zurückerstattet. Vergiss nicht, das Pendlerpauschale zu beantragen, wenn dein Arbeitsweg mindestens 20 Kilometer (einfache Wegstrecke) beträgt. Zahlst du außerdem keine Lohnsteuer, steht dir der Pendlerzuschlag zu. Damit bekommst du eine höhere Steuergutschrift. Dieser beträgt für 2013 bis zu 290 Euro. Somit könntest du dir bis zu 400 Euro vom Finanzamt zurückholen. Aber: Pendlerpauschale

und Pendlerzuschlag gibt es nur dann, wenn für dich tatsächlich Fahrtkosten anfallen. Neu ab 2013: der Pendlerausgleichsbetrag. Wenn du nur einen Euro Lohnsteuer bezahlst, erhältst du über den Pendlerausgleichsbetrag wieder Geld zurück (zum Beispiel 289 Euro).

## Was du beachten solltest

Das Finanzamt nimmt nur originale Formulare oder Anträge über Finanz-Online entgegen – keine Kopien. Den Antrag kannst du bis zu fünf Jahre rückwirkend einreichen. Die Formulare ab 2010 (L1) kannst du direkt beim zuständigen Finanzamt anfordern und auch wieder abgeben.

Wenn du über 1190 Euro brutto Lehrlingsentschädigung monatlich erhältst, melde dich bei uns (Telefon 050/258-2300).

Mehr Infos zur Negativsteuer:  
[www.akbasics.at](http://www.akbasics.at)



Alles gecheckt? – Alles im „starter kit“!

Die AK Vorarlberg schickt allen neuen Lehrlingen das „starter kit“ – dein Handbuch zur Lehre. Hier findest du alle wichtigen Informationen zu deiner Ausbildung, deinen Pflichten und deinen Rechten. Zudem hilft dir die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg bei allen Fragen zu deiner Ausbildung. Denn als Lehrling bist du automatisch Mitglied der Arbeiterkammer, auch wenn du keine österreichische Staatsbürgerschaft hast. Zum „starter kit“ erhältst du zudem einen Bestellschein für einen gratis Boomball – unser Willkommensgeschenk für alle neuen Lehrlinge.

Mehr Infos:  
[www.akbasics.at](http://www.akbasics.at)

EU-Kommission schlägt Regeln vor, die der „Generation Praktikum“ entgegenwirken

# Rahmenvertrag gegen die Ausbeutung von Praktikanten

Der EU-Kommission sind die Auswüchse am Arbeitsmarkt ein Dorn im Auge, die seit einigen Jahren unter dem Schlagwort „Generation Praktikum“ beschrieben sind.

Niedrige oder gar keine Bezahlung, kaum soziale Absicherung, kopieren und Kaffee holen – so sieht oft die Realität für eine ganze Generation von jungen Praktikanten in der Europäischen Union aus. Wikipedia zum Entstehen des Begriffs „Generation Praktikum“: „Junge Akademiker überbrücken potentielle Lücken im Lebenslauf, indem sie eine Praktikantenstelle nach der anderen annehmen, obwohl sie eigentlich eine feste Anstellung suchen.“ Denn, leider Fakt: Praktika werden oftmals als Karotte vor der Nase verwendet, um reguläre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden. Jedes dritte Praktikum erfüllt derzeit nicht einmal Mindeststandards. Sechs von zehn Praktika sind in der Regel unbezahlt, und nur die Hälfte der bezahlten Praktikanten können davon auch ihre grundlegenden Lebenshaltungskosten decken.

## Faire Bedingungen

Die EU-Kommission hat daher einen Qualitätsrahmen für Praktika vorgeschlagen. Damit will sie sicherstellen, dass Praktikanten in der ganzen EU in Zukunft ihr Praktikum unter fairen Bedingungen absolvieren. Die Mitgliedsstaaten sollen klare Leitlinien bekommen, wie sie perspektivlose Praktika zur hochwertigen Ausbildungsmethode reformieren können.

Demnach sollen Praktika grundsätzlich auf einer schriftlichen Vereinbarung beruhen, die Arbeitsbedingungen, Lerninhalte und Entlohnung



Die Freude über den Hochschulabschluss weicht für immer mehr junge Erwachsene dem Frust am Arbeitsmarkt.

klar festlegt. Ein Praktikum soll in der Regel höchstens sechs Monate dauern, und die Mitgliedsstaaten sollen sicherstellen, dass zum Beispiel Obergrenzen für Arbeitszeiten und Mindesturlaub eingehalten werden.

## Regeln nur für offenen Markt

Der vorgeschlagene Rahmen gilt für alle Praktika auf dem offenen Markt – nicht aber für Praktika, die Teil der

Lehrpläne an Hochschulen und Universitäten, der Schulbildung oder der Berufsbildung sind.

## Lerninhalte festlegen

Die Empfehlung der Kommission hat jedoch keine bindende Wirkung, und auch unbezahlte Praktika sollen weiter möglich sein. Dies führt zu Kritik aus dem Europaparlament. Denn der Vertrag muss laut Kommissionsvorschlag

zwar festlegen, ob – aber nicht dass – ein Praktikum bezahlt wird. Von einer Grundvergütung oder Aufwandsentschädigung ist keine Rede. Zwar muss der Vertrag Lerninhalte festlegen, aber die Qualität dieser Inhalte liegt in den Händen der Arbeitgeber. Begrüßt wird hingegen die Einbindung von Praktika in das Eures-Netzwerk – eine Art europäisches Online-Arbeitsmarktservice zur beruflichen Mobilität.

Weiberkram

## Eierlegende Wollmilchsau?



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Man sollte ja meinen, dass in Zeiten einer kaum überstandenen Krise und verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit niemand unrealistische berufliche Idealvorstellungen hat. Dennoch: Herr und noch mehr Frau Österreicher(in) haben hohe und gleichzeitig kaum vereinbare Ansprüche. Im Vordergrund liegen für beide Geschlechter Arbeitsplatzsicherheit (Männer 71, Frauen 74 Prozent), gutes Betriebsklima (Männer 65, Frauen 69 Prozent) und hohes Einkommen (66 Prozent der Männer, 63 der Frauen) als wichtigste Kriterien. Wesentliche Bedingungen dafür (überdurchschnittliches Engagement und viel Verantwortung) finden sich dagegen unter ferner liefen: Während noch 32 Prozent der Männer Engagement und 27 Prozent Verantwortungsübernahme als für sich wichtig bezeichnen, sind es bei Frauen um jeweils 5 Prozentpunkte weniger. Dafür erwarten sich 54 von 100 Frauen (zum Vergleich: 33 Männer) eine gute Vereinbarkeit von Job und Kindererziehung und dementsprechend zeitliche Flexibilität (Frauen 44, Männer 34 Prozent). Man muss sich daher nicht wundern, dass sich laut einer anderen IMAS-Studie über 80 Prozent der Beschäftigten am Arbeitsplatz stark unter Druck fühlen und daher immerhin rund ein Viertel (mehr Frauen als Männer) an Jobwechsel denken. Begründung: geringes Gehalt (43 Prozent), schlechtes Betriebsklima (37) und wenig Anerkennung (32). Wobei Letzteres ja vielleicht mit dem niedrigen Level von Ehrgeiz und Einsatz der ArbeitnehmerInnen im Zusammenhang steht ...

E-Mail: [irene.dyk@jku.at](mailto:irene.dyk@jku.at)

Positive Änderungen rund ums Kinderbetreuungsgeld

# Für Eltern gelten neue und bessere Regeln

Eltern kleiner Kinder können sich freuen: Beim Kinderbetreuungsgeld sind seit Jahresbeginn zu ihren Gunsten drei neue Regelungen zum Zuverdienst in Kraft.

„Die alte Zuverdienstregelung beim Kinderbetreuungsgeld sorgte immer wieder für Probleme“, weiß Dr. Brigitte Hutterer, Leiterin der AK-Rechtsabteilung. Die vom Gesetzgeber im Sommer beschlossenen Änderungen vereinfachen das System und sind seit Jänner in Kraft. Brigitte Hutterer: „Zum einen wird die Zuverdienstgren-

ze bei der einkommensabhängigen Variante von 6100 auf 6400 Euro erhöht. Zum anderen ist es nun möglich innerhalb von 14 Tagen nach der Antragsstellung einmal die Variante des Kinderbetreuungsgeldes zu wechseln.“

## Zuverdienst wird anders berechnet

Außerdem wird der Zuverdienst nun anders berechnet. Es werden nur mehr Einkommen jener Monate, in denen durchgehend Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde, berücksichtigt. Sogenannte Rumpfmonate – also Monate, in denen nur einige Tage Kinderbetreuungsgeld bezogen wird und an den anderen Tagen ein Einkommen erzielt wird – werden nicht mehr mitgerechnet. „Diese alte Regelung führte dazu, dass bei Beginn und Ende des Bezugs besonders darauf geachtet werden musste, wie viel in diesen Monaten verdient wurde. Auch beim Wechsel des Bezugs von einem auf den anderen Elternteil gab es hier immer wieder Schwierigkeiten.“

Die Änderung der Errechnung des Zuverdienstes gilt rückwirkend für Bezugszeiten ab dem 1. Jänner 2010. Sie hat keine Auswirkungen auf die Mindestbezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes von zwei Monaten oder die Mindestdauer der Karenz (ebenfalls zwei Monate).

Die AK Vorarlberg erwartet die Besucher in Halle 14



Lachen und Staunen auch dieses Jahr am AK-Stand mit Clown Pompo.



Die AK berät mit genau auf die Zielgruppe zugeschnittenen Informationen.

## AK berät wieder auf der „Baby & Kind“

Familien sind der AK Vorarlberg ein wichtiges Anliegen, vor allem auch dann, wenn es um die Vereinbarkeit von Job und Familie geht. Deshalb wird die AK Vorarlberg nach der erfolgreichen Premiere der Messe „Baby & Kind“ im Vorjahr mit 4500 Besuchern auch dieses Jahr vertreten sein: Halle 14, Stand 15. Die Experten des AK-Büros für Familien und Frauenfragen stehen dort den Eltern an beiden Messtagen mit Rat und Tat zur Verfügung. Denn rund um die rechtlichen Bestimmungen zu Beruf und Familie türmen sich für viele Fragen auf: Wie lange dauert die Karenz? Wie lange dauert mein Kündigungsschutz? Wie lange bekomme ich Kinderbetreuungsgeld? Welche Variante des Kinderbetreuungsgeldes soll ich überhaupt wählen? und Ähnliches. Die „Baby & Kind“ bezeichnet ihren Schwerpunkt „Alles rund ums Kind von 0 bis 6 Jahre“ – in Vorarlberg leben fast 28.000 Kinder in diesem Alter.

**Großer Spaß für die Kleinen**  
Während sich Mama und Papa fundierten Rat bei den AK-Experten holen, bringt wie schon im Vorjahr Clown Pompo die Kinder mit seinen Späßen und Tricks zum Lachen.

Messe Baby & Kind:  
Samstag und Sonntag,  
1. und 2. Februar 2014,  
jeweils von 10 bis 17 Uhr.  
[babyundkind.messedornbirn.at](http://babyundkind.messedornbirn.at)

## Beruf und Familie

Die Freude ist groß, wenn sich in der Familie Nachwuchs ankündigt. Für die Arbeitswelt gelten nun gewisse Fristen und gesetzliche Bestimmungen. Die AK-Broschüre beantwortet die wichtigsten Fragen rund um die Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld, Mutterschutz, Zuverdienstgrenze und so weiter. Sie steht auch als Download bereit.



Telefon 050/258-8000,  
[bestellen@ak-vorarlberg.at](mailto:bestellen@ak-vorarlberg.at)

Kritik der AK Vorarlberg an den wachsenden Kosten läutete Umdenken ein – Wohnbaugipfel legte stärkere soziale Ausrichtung der Wohnbauförderung fest

# AK erkämpft mehr Hilfe für leistbares Wohnen

Der stete Druck der AK Vorarlberg hat Wirkung gezeigt. Auf dem Wohnbaugipfel des Landes zum Jahresende wurden wichtige Weichen für leistbares Wohnen gestellt.

Die AK Vorarlberg und die anderen Sozialpartner hatten zuletzt verstärkt öffentlich kritisiert, was tausende Arbeitnehmer im Land jeden Monat auf ihrem Bankkonto spüren: Die Kosten fürs Wohnen, aber auch fürs Bauen, laufen immer mehr aus dem Ruder. Verschiedene Maßnahmen sind notwendig, um Wohnen in Vorarlberg –

wieder – leistbar zu machen. Die Neu-Regelung der Wohnbauförderung ab diesem Jahr ist ein entscheidendes Ergebnis des Wohnbaugipfels, „ein erster Schritt in die richtige Richtung“, freut sich AK-Präsident Hubert Hämmerle.

## Förderung sozial besser gestaffelt

Die AK Vorarlberg hatte vehement eingefordert, den sozialen Aspekt der Wohnbauförderung wieder in den Vordergrund zu stellen. Hämmerle: „Mit der Berücksichtigung zusätzlicher Komponenten und dem Einbau einer sozialen Staffelung wurde unsere

jahrelange Forderung verwirklicht.“ (Details siehe Kasten unten). Ein Rechenbeispiel: Ein neues Einfamilienheim einer Familie mit zwei Kindern, 130 Quadratmeter, 3200 Euro Nettoeinkommen pro Monat, wurde bisher mit 45.000 Euro „Landgeld“ gefördert, ab 2014 durch neuen Einkommens- und neuen Kinderbonus mit 67.600 Euro. Statt bisher 27 bleiben nun 35 Jahre Zeit, dieses günstige Darlehen zurückzuzahlen. Das senkt die monatliche Belastung. Allerdings stehen noch zwei wesentliche Punkte auf der Agenda zur Kos-

tenkung des Wohnens: dass der Zwang zum Passivhaus-Standard im sozialen Wohnbau abgeschafft wird und sämtliche technischen Vorschriften in einer eigenen Vorarlberger Bautechnikverordnung geregelt werden.

Landeshauptmann über die Möglichkeiten der neu geregelten Wohnbauförderung ab diesem Jahr

## Wallner: „Bis 2018 zusätzlich 2500 gemeinnützige Wohnungen“

Rund 182 Millionen Euro stellt das Land 2014 für die „Wohnbauförderung neu“ bereit. Im AKtion-Interview steckt Landeshauptmann Markus Wallner die sozialen Eckpunkte des neuen Systems ab.

*Was gab den Ausschlag, sich wieder auf diese ursprüngliche Intention – nämlich möglichst vielen Menschen leistbaren Wohnraum zu ermöglichen – zu besinnen?*

**Markus Wallner:** Die Gesamtentwicklung im Bereich Wohnen im Land und die berechtigterweise intensive Diskussion über die Kosten des Wohnens, die von verschiedenen Dingen ausgelöst wird: von wachsenden Grundstückspreisen, von den Kosten beim Bau selber und der Fragestellung, wie wir die Leistbarkeit des Wohnens verbessern können. Ein Zugang, aber nicht der einzige, ist die Wohnbauförderung (WBF). Weil wir dort sehr direkt junge Familien, aber auch andere, unterstützen. Die WBF löst nicht alle Probleme, aber sie hilft.

*Wie überfällig war dieser Schritt im klassischen Häuslebauerland?*

Überfällig ist vielleicht der falsche Ausdruck. Schon in den letzten Jahren hat die WBF enorme Dienste geleistet, überhaupt Wohnraum im Land zu schaffen. Es könnten sich viele ihr Eigenheim oder ihre Eigentumswohnung gar nicht leisten, hätten sie nicht

die Wohnbauförderung bekommen. Es ist jetzt der absolut richtige Moment, das System zu vereinfachen und stärker sozial auszurichten, um die Kosten im Griff zu halten.

*Handlungsbedarf gibt es auch bei den Mieten. Wo liegen da die realistischen Steuerungsmöglichkeiten?*

Günstigen Wohnraum anzubieten ist vor allem über die gemeinnützigen Träger möglich. Wir hatten uns beim Wohnbaugipfel darauf geeinigt, dass wir den Neubau von 300, 350 gemeinnützigen Wohnungen pro Jahr auf 500 steigern.

*Betrifft das nur die Vogewosi?*

In Summe 2500 Wohnungen in fünf Jahren sind ein ehrgeiziges Programm. Dafür bedarf es einer großen Anstrengung aller Wohnbaugesellschaften. Und es gibt auch den Auftrag, nicht nur in die urbanen Räume, sondern auch in die Fläche zu gehen – eine Herausforderung, weil dort kleinere Einheiten errichtet werden. Auch die muss man wirtschaftlich vertretbar bauen können und trotzdem einen günstigen Mietpreis anbieten.

*Wie groß ist denn der Erklärungsbedarf gegenüber den überzeugten Öko-Bewegten, dass jetzt das Soziale Vorrang hat?*

Die Diskussion halte ich aus, weil es wichtig ist, die Wohnbauförderung

insgesamt als Unterstützung zu sehen. Deswegen muss man nicht von vornherein auf ökologische Standards verzichten. Die sind und bleiben hoch, man muss sie aber nicht ins Unendliche treiben.

*Stichwort Entrümpelung Bautechnikvorschriften.*

*Was ist der Stand der Dinge?*

Wir haben die Bauwirtschaft gebeten – weil dort die Praktiker sitzen – uns einmal genau zu beleuchten, welche Bauvorschriften Zusatzkosten erzeugen. Ein Schmerzpunkt dabei sind die so genannten OIB-Richtlinien, die zentral und vereinheitlicht für ganz Österreich entwickelt werden. Es ist ein Katalog von über 50 Vorschlägen entstanden, wie die Kosten reduziert werden könnten. Entweder gelingt es uns nun, mit diesen Vorschlägen auf der österreichischen Ebene etwas zu bewegen, oder wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir den Mut haben, darauf mit einer eigenen Bautechnik-Verordnung des Landes zu reagieren. Das setzt allerdings voraus, dass wir diese Kompetenzen behalten. Denn auf Bundesebene wird ja diskutiert, die Bautechnik endgültig dem Bundesgesetzgeber in die Hand zu geben. Damit hätten wir keinen Spielraum mehr. Das wäre ein echter Rückschritt für uns.

*Welcher Horizont ist abgesteckt?*

Die Vorschläge sind auf Bundesebene eingebracht. Im Laufe dieses Jahres muss man wissen, in welche Richtung es geht.

*Der Baudruck ist enorm. Wo – durchaus auch im wörtlichen Sinn – liegt die Zukunft des Wohnbaus im Land?*

Aufgrund des Flächenverbrauchs wird es noch mehr in Richtung stärkere Verdichtung gehen. Das neue WBF-System beinhaltet deshalb neben anderen auch einen Bonus für eine verdichtete Bauweise.

*Hat die Entwicklung auch Konsequenzen beim Raumordnungsgesetz?*

Das reicht im Moment eigentlich aus. Weit nach vorne geblickt: Die Gemeinden sollten wie für Betriebsflächen auch Flächen für den Wohnbau entwickeln. Wir überlegen im Land gerade, wie wir sie bei dieser Vorsorge unterstützen können.



Durch den Einsatz der AK Vorarlberg wird es leichter, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen.

Die wesentlichen Elemente der „Wohnbauförderung neu“

## Deutliche Erhöhung der Förd

**Kern der neuen Wohnbauförderung (WBF) des Landes ist, dass das System von bisher fünf fixen Förderstufen auf eine Basisförderung mit zusätzlichen Bonus-Möglichkeiten umgestellt wird.**

Für den privaten Wohnbau wurde die Einkommensgrenze für einen Einpersonenhaushalt von 2750 auf 2800 Euro angehoben, jene für Zwei- und Dreipersonenhaushalte (bisher 4550) mit der für Vier- und Mehrpersonenhaushalte zusammengelegt und auf 5000 Euro angehoben. Zur Einkommensberechnung wird das Nettojahresgehalt durch zwölf dividiert. Das Erwerbseinkommen von Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs wird bis zu einer Höhe von 800 Euro pro Monat nicht berücksichtigt. Diese Basisförderung kann durch folgende fünf Boni erhöht werden:

- Einkommensbonus: Beträgt das Netto-Monatsinkommen bei Einpersonenhaushalten weniger als 2000 Euro, bei Mehrpersonenhaushalten weniger als 3400 Euro, wird die Basisförderung um bis zu 100 Euro pro Quadratmeter Nutzfläche erhöht (siehe weiter unten)
- Kinderbonus: 50 Euro pro Kind
- Energiesparbonus (zum Beispiel Heizwärmebedarf): bis zu 300 Euro
- Umweltbonus (zum Beispiel PVC-freie Fenster): bis zu 150 Euro
- Verdichtungsbonus: 50 Euro

### Mehr Zeit für die Rückzahlung

Die Basisförderung für Eigenheime beträgt pro Quadratmeter Nutzfläche nun 380 Euro (bisher 350), für Doppelhäuser 480 (440), für Reihenhäuser ab drei Einheiten 530 (440). Die Kosten/



LH Wallner: Sozialen Wohnbau auch abseits der Ballungsräume forcieren.

# Landtag bekräftigt AK-Linie

Die neue Richtlinie hat ein soziales Gesicht: Die Wohnbaurichtlinie 2014 ist eine gute Nachricht für alle jene, die in Vorarlberg ihre eigenen vier Wände schaffen wollen.



Mag. Roland Frühstück

Sie ist auch das klare Bekenntnis zum Wohn-Eigentum für möglichst viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Mit der neuen Richtlinie verbunden ist ein völliger Systemwechsel in der Wohnbauförderung. Bisher standen vor allem energetische Gesichtspunkte im Zentrum der Richtlinien. Die neuen Richtlinien rücken die Einkommenssituation des Antragwerbers in den Fokus. Diese soziale Ausrichtung ist vor allem für junge Familien und deren Einkommenssituation ein echter Gewinn. Gleichzeitig wurde die ökologische Komponente in Form eines Bonussystems neu gestaltet.

Die neuen Wohnbauförderungs-Richtlinien sind auch ein Meilenstein hinsichtlich einer spürbaren Entrümpelung der formellen Voraussetzungen. Die Wohnbauförderung wird damit für den Bürger transparenter und einfacher zu handhaben. Um weitere Möglichkeiten, das Wohnen möglichst leistbar zu machen, auszuschöpfen, ist meines Erachtens auch eine Überprüfung der bestehenden rechtlichen Standards auf deren Wirtschaftlichkeit, vor allem aber Sinnhaftigkeit, angesagt.

Die Landesregierung tut dies aktuell im Bereich des Baurechts, das von Experten auf seine Praxistauglichkeit durchforstet wird. Es gilt das Motto: „Weniger ist mehr!“ Wir müssen nicht jedes Detail regeln. Schließlich kosten Regelungen Geld, das gerade junge Familien gut für die Verwirklichung ihrer persönlichen Wohnträume gebrauchen können.

Mag. Roland Frühstück  
ÖVP-Klubobmann

Einfacher, leistbarer und familienfreundlicher wohnen!



Dieter Egger

Ich setze mich seit Jahren für eine notwendige Entbürokratisierung und eine Reduktion von überzogenen Standards bei der Wohnbauförderung ein, um den Wohnbau für die Menschen leistbarer zu gestalten. Es war ein langer „Kampf“, aber er hat sich gelohnt. Die neuen Förderrichtlinien kommen unserem Ruf nach „Entrümpelung“ in vielen Teilbereichen nach. Eine hohe Basisförderung, zu deren Gewährung bereits eine gültige Baubewilligung ausreicht, die Erhöhung der Einkommensgrenzen oder die Abschaffung des komplizierten Kriterienkatalogs kommen den zukünftigen Bauwerbern sehr entgegen. Für uns war auch der Aspekt der Familienfreundlichkeit wichtig. So haben wir einen erhöhten Zuschuss für Mehrfamilien durchgesetzt.

Abrgerundet wird das gesamte Förderpaket durch ein deutlich vereinfachtes Bonussystem für energetische Maßnahmen sowie den Wegfall des so genannten Gebäudeausweises. Für uns war und ist entscheidend, dass das Instrument der Wohnbauförderung einfach genutzt werden kann und im Sinne einer leistbaren Wohnraumschaffung auf unnötige Hürden verzichtet wird.

Die Leistbarkeit von adäquatem Wohnraum ist ein elementares Grundbedürfnis der Bevölkerung, um welches wir uns kontinuierlich kümmern werden. Mit den neuen Wohnbauförderungsrichtlinien wurde ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Wir werden die Entwicklung in den nächsten beiden Jahren genau beobachten, gemachte Erfahrungen analysieren und nötigenfalls weitere Verbesserungen einfordern.

Dieter Egger  
FPÖ-Klubobmann

Wohnbauförderung neu: Die wahren Kostentreiber werden ignoriert.



Johannes Rauch

Soziale Aspekte werden in der Wohnbauförderung neu viel stärker berücksichtigt. Das ist absolut begrüßenswert. Ich lehne allerdings eine Aufweichung der ökologischen und energetischen Standards ab! Wohnen wird nicht dadurch leistbarer, dass man billige Wohnungen, die viel Energie verbrauchen, baut. Das ist einfach zu kurz gedacht! Davon wird allein die Bauindustrie profitieren.

Es ist unverständlich, dass Land und Sozialpartner noch immer die wahren Kostentreiber im Wohnbau ignorieren, obwohl sie eine Studie auf dem Tisch liegen haben:

- die hohen Grundstückspreise,
- die zu niedrigen Baunutzungszahlen und
- die exorbitanten Baukosten in Vorarlberg!

Wenn wir wirklich wollen, dass Wohnen wieder für alle leistbar wird, dann müssen wir die Baulandhortung stoppen! Es geht nicht an, dass finanzkräftige Anleger, denen die Aktienmärkte zu heiß geworden sind, Bauland kaufen, horten und damit das Angebot verknappen. Wohnen ist ein Grundrecht – Spekulation nicht! Was wir unbedingt brauchen, ist mehr Verdichtung – nicht neue und zusätzliche Umwidmungen auf der grünen Wiese.

Mehr gemeinnützige Wohnungen zu bauen ist kurzfristig das einzige Instrument, um den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen – darauf drängen wir.

Johannes Rauch  
Grünen-Klubobmann

In Vorarlberg sind rund 90 Prozent der Wohnsitze im Privateigentum und nur etwa 10 Prozent stehen als gemeinnützige und damit leistbare Mietwohnungen zur Verfügung. Dies treibt die Mietkosten weiter in die Höhe.



Michael Ritsch

Um Wohnen endlich leistbarer zu machen und mehr erschwingliche Wohnungen in allen Gemeinden zu schaffen, sollte eine verstärkte Zusammenarbeit privater Bauträger mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern stattfinden. Voraussetzung für private Bauträger, die Fördergelder für eine Wohnanlage wollen, wäre, dass Bauprojekte ab einer bestimmten Größe 25 Prozent der Wohnfläche gemeinsam mit einem gemeinnützigen Wohnbauträger (Vogewosi, Wohnbauselbsthilfe und Alpenländische Heimstätte) umsetzen müssen. Zielführend wäre außerdem eine Änderung bei der Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel. Hier müsste der Anteil der Steuergelder auf 50 Prozent für gemeinnützigen Wohnbau und 50 Prozent für private Projekte dauerhaft geändert werden.

Wünschenswert wäre auch, dass Investorenwohnungen künftig nicht mehr gefördert werden. Diese Gelder (circa 4 Millionen Euro) sollten stattdessen in den gemeinnützigen Wohnbau fließen. Eigentümer von als Freifläche gewidmeten Grundstücken sollten animiert werden, diese zu einem Preis von 100 Euro pro Quadratmeter an gemeinnützige Bauvereinigungen zu veräußern. Diese Grundstücke würden in Baufläche umgewidmet und für gemeinnützigen sowie gemischten Wohnbau (also Privateigentum und gemeinnützigen Mietwohnungsbau) verwendet werden. Voraussetzung wäre, dass der überwiegende Teil der Wohnfläche für gemeinnützigen Wohnbau verwendet wird.

Michael Ritsch  
SPÖ-Klubobmann

Der Bereich „Wohnen & Bauen“ ist ein Kernstück der täglichen AK-Konsumentenberatung



AK-Direktor Keckeis und AK-Präsident Hämmerle: „Die AK Vorarlberg setzt sich auch in Zukunft vehement für leistbares Wohnen und die Rechte der Mieter ein.“

## Rund ums Wohnen jährlich 6500 Fälle

Der Bereich „Bauen & Wohnen“ gehört beim AK-Konsumentenschutz zu jenen, deren Beratungszahlen zuletzt besonders stark gestiegen sind.

Die Experten der AK-Konsumentenberatung brachten 2013 rund 6500 Personen Licht in die oft verklausulierten Gesetze und Bestimmungen rund ums Wohnen und Bauen. „Laien sind bei dieser Materie sehr oft überfordert“, weiß AK-Direktor Rainer Keckeis, „umso wichtiger für die Konsumenten ist, dass sie umfassend und fachlich korrekt durch unsere Mitarbeiter beraten werden.“

Mietrecht, Wohnungseigentum, Immobilienmakler und Bauträgerverträge sind die vier großen Blöcke, um die sich die meisten Fragen der Konsumenten drehen. Das überaus komplexe österreichische Mietrecht ist dabei der mit Abstand umfangreichste

Block. „Dauerbrenner“ waren auch im vergangenen Jahr Fragen bei Aus- oder Einzug, wie beispielsweise die Möglichkeiten einer Kündigung.

**Vorbeugende Information wichtig** Neben der individuellen Beratung im Bedarfsfall kommt auch im Bereich „Bauen & Wohnen“ der vorbeugenden Information hohe Bedeutung zu. Wichtige generelle Bestimmungen werden deshalb auf der AK-Webseite erklärt, wo auch die Broschüre „Mietrecht für Mieter“ (Bild) kostenlos zum online Durchblättern oder Herunterladen bereit steht.



**i** Anmeldung und Beratung:  
AK-Konsumentenschutz,  
Tel. 050/258 3000

en zu erfüllen.

## erungen

Preisgrenzen für Eigenheime sind pro Quadratmeter Nutzfläche mit 2500 Euro festgelegt (Nebenflächen 800), für Wohnungen mit 2400 Euro. Zukünftig ist kein Gebäudeausweis mehr notwendig. Die Rückzahlungsfrist wird von 27 auf 35 Jahre verlängert.

### Weitere Neuerungen ab diesem Jahr

- Für Sanierungen wird die Einkommensgrenze von 5100 auf 2900 Euro pro Monat (Einkommenshaushalt) gesenkt, die Kostengrenze für Gesamtsanierungen von 1000 auf 1200 Euro pro Quadratmeter angehoben; Berücksichtigung weiterer Maßnahmen:
- Die Wohnbeihilfe und der Wohnungszuschuss werden zusammengeführt
- für Unterhalts- und Alimentationszahlungen wird ein Freibetrag von bis zu 150 Euro pro Kind eingeführt



Besonders gern entsteht Schimmel an sogenannten Wärmebrücken (schlecht gedämmte Stellen am Haus, häufig in Ecken). Ob ein solcher Baumangel vorliegt und der Vermieter oder doch der Mieter für die Schimmelbildung verantwortlich ist und somit für die Behebung aufkommen muss, lässt sich meist nur durch einen Sachverständigen klären.

# Schimmel in der Wohnung: Wer trägt die Verantwortung?

Schimmel in der Mietwohnung ist ein relativ oft vorkommendes Problem, mit dem die AK-Konsumentenberater immer wieder konfrontiert werden. Dabei stellen sich Fragen wie: Was ist zu tun? Und: Wer muss sanieren?

„Grundsätzlich gilt: Ist Schimmel in der Wohnung, muss der Mieter tätig werden. Entweder informiert er den Vermieter oder beseitigt den Schimmel selbst“, erläutert AK-Konsumentenberaterin Dr. Ulrike Stadelmann. Kommt es durch die Untätigkeit des Mieters zu Schäden an der Gebäudesubstanz, hat der Mieter einen erheblich nachteiligen Gebrauch zu verantworten und muss mit der Kündigung der Wohnung sowie mit Schadenersatzforderungen rechnen.

Kleinflächige, oberflächliche Schimmelspuren können mit entsprechenden Mitteln (zum Beispiel Alkohol aus der Apotheke) beseitigt werden. Durch ausreichendes Lüften und Heizen kann unter Umständen auch ein Wiederauftreten des Schimmels verhindert werden.

„Wird die Ursache aber in einem Baumangel vermutet oder ist der Schimmel großflächig aufgetreten beziehungsweise derart erheblich, dass der Putz bereits abgeschlagen werden müsste, so hat der Mieter die Vermieterseite unverzüglich – am besten per Einschreiben – zu verständigen“, betont die Konsumentenberaterin. Bei Schäden an der Gebäudesubstanz ist grundsätzlich der Eigentümer dafür verantwortlich, den Schimmel zu beseitigen und den Mangel beheben zu lassen. Ob die Feuchtigkeit durch Wärmebrücken oder schlechte Wärmedämmung bedingt ist, können Sachverständige klären.

## Verschulden ausschlaggebend

Wer letztlich für die Kosten der Beseitigung des Schimmels und der Sanierung aufzukommen hat und ob ein Anspruch auf Mietzinsminderung zusteht, hängt einerseits von der Ursache des Schimmels und andererseits davon ab, ob dem Mieter ein Vorwurf bezüglich Fehlnutzung gemacht werden

kann. „Je nach baulicher Ausgestaltung eines Gebäudes kann es erforderlich sein, mehr oder weniger zu lüften. Auch wenn bekanntermaßen hohe Luftfeuchtigkeit zu vermeiden ist, so ist dies in gewissen Wohnbereichen nicht immer möglich“, erläutert Ulrike Stadelmann.

## Besonderes Nutzverhalten

Besteht bereits bei normalem Nutzerverhalten Schimmelgefahr, so muss die Vermieterseite vor Vertragsabschluss auf die Notwendigkeit eines besonderen Nutzerverhaltens zur Schimmelvermeidung hinweisen und für entsprechende Vereinbarungen im Mietvertrag sorgen. Ansonsten ist die Vermieterseite bei einer Schimmelbildung für die Beseitigung verantwortlich, wie ein aktuelles Urteil des Bezirksgerichtes Bregenz zeigt:

Obwohl durch ein entsprechendes besonderes Lüftungsverhalten – welches aber nicht vertraglich vereinbart war – die Schimmelbildung ver-

hindert hätte werden können, trägt der Vermieter die Verantwortung und somit auch die Kosten der Sanierung. Zudem wurde der Mieterin ein Mietzinsminderungsanspruch zugesprochen und das Recht zur vorzeitigen fristlosen Auflösung des Mietverhältnisses wegen mangelnder Bewohnbarkeit bestätigt. Denn, so das Gericht: „Das vom Sachverständigen angesprochene spezielle Lüftungsverhalten wäre der Klägerin unzumutbar gewesen. Das Bedürfnis nach warmen Räumlichkeiten im Winter (teilweise auch bei Minusgraden) geht dem Bedürfnis einer circa 20- bis 30-minütigen Lüftungsperiode (dies zwei Mal täglich) vor und kann von einer Wohnungsmieterin nicht verlangt werden. Auch kann ihr nicht die ständige Präsenz in der Wohnung zwecks Stoßlüftens zugemutet und abverlangt werden.“

**i** AK-Konsumentenberatung: Telefon 050/258-3000 oder [konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at](mailto:konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at)

AK fordert: Wohnungseigentümer sollen künftig gegen Betrug versichert sein

## Pflichtversicherung: Schutz für Eigentümer

Nicht immer gehen Hausverwalter verantwortungsvoll mit den ihnen anvertrauten Rücklagen um. Zum Schutz der Eigentümer fordert die AK daher eine verpflichtende Vertrauensschadenversicherung für Immobilien-treuhänder.

Das Problem: Der Hausverwalter hat für künftig anfallende Sanierungsarbeiten an der Wohnanlage eine Rücklage zu bilden, die von ihm für die Eigentümergemeinschaft fruchtbringend anzulegen ist. Je nach Alter, Zustand und Größe der Anlage kann die Höhe der Rücklage im fünf- oder sechststelligen Eurobereich liegen. „Bei der Frage, ob die anvertrauten Gelder auch ordnungsgemäß verwaltet werden, wird

den einzelnen Eigentümern und der Eigentümergemeinschaft häufig blindes Vertrauen abverlangt“, erläutert AK-Konsumentenberater Mag. Christoph Fink.

Zwar ist seit 2008 der gewerblich tätige Immobilien-treuhänder verpflichtet, eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung nachzuweisen. Fink: „Diese Versicherung umfasst jedoch keinen Schutz der einzelnen Eigentümer beziehungsweise der Eigentümergemeinschaft hinsichtlich jener Schäden, die ihnen durch vorsätzlich unerlaubte Verfügungen der Hausverwaltung oder deren Mitarbeiter über die anvertrauten Gelder – etwa durch Betrug, Veruntreuung, Untreue, Unterschlagung und so weiter – erwachsen.“

Sowohl die Rechtsanwaltskammer als auch die Notariatskammer schützt Mandanten vor den oben genannten Gefahren im Rahmen des Treuhandbuchs beziehungsweise Treuhandregisters durch eine verpflichtende Vertrauensschadenversicherung. „Warum eine derartige Versicherungspflicht nicht auch für Immobilien-treuhänder gelten soll, ist nicht nachvollziehbar. Zumal die Geldbeträge, die Hausverwaltungen anvertraut werden, nicht selten jene Beträge übersteigen, die Rechtsanwältinnen und Notaren anvertraut werden“, betont der Konsumentenberater.

## AK fordert Pflichtversicherung

Die AK Vorarlberg fordert daher vom Gesetzgeber, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Immobilien-treuhänder verpflichtet

*Was macht der Hausverwalter mit dem anvertrauten Geld? Eigentümer werden oft darüber im Dunkeln gelassen, was mit ihrem Geld passiert.*

werden können, für die ihnen anvertrauten Gelder eine Vertrauensschadenversicherung abzuschließen.



## Vorsicht: Neue Phishing-Welle

Ab Sommer 2014 können Überweisungen nur noch mittels IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) getätigt werden. Die SEPA-Umstellung hat bereits Betrüger auf den Plan gerufen, die mittels sogenannten „Phishing-Mails“ versuchen, an persönliche Kontodaten zu kommen. Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenschutzabteilung warnt: „Keine Bank wird Sie je per E-Mail oder Telefon auffordern, Ihre Daten preiszugeben.“ Sie rät, dubiose E-Mails sofort zu löschen und keinesfalls einen Link oder ein Dokument im Anhang zu öffnen. Es besteht die Gefahr, dass Schadsoftware auf den Computer geladen wird.

Weitere Infos zu SEPA: [www.oenb.at/sepa](http://www.oenb.at/sepa)

## Zalando: 8 von 9 Klauseln gesetzwidrig

Im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums führte der Verein für Konsumenteninformation (VKI) eine Unterlassungsklage gegen das Versandhandelsunternehmen Zalando. Das Handelsgericht Wien hat entschieden: Acht von neun geklagten Klauseln sind gesetzwidrig und somit unwirksam. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Unzulässig sind demnach unter anderem: Ein pauschaler Haftungsausschluss von Zalando für leichte Fahrlässigkeit; ein Schriftformgebot für die – innerhalb von 7 Tagen ab Erhalt der Ware nach dem Gesetz grundlos mögliche – Rücktrittserklärung des Verbrauchers im Fernabsatzgeschäft; dass Zalando bei fehlender Verfügbarkeit der Ware von jeder Lieferverpflichtung gegenüber dem Verbraucher (und damit von ihrer Hauptleistungspflicht) freigestellt sein soll, womit eine Überwälzung des Beschaffungsrisikos auf den Verbraucher verbunden ist; dass der Verbraucher bei Verzug von Zalando mit der Lieferung erst nach 4 Wochen vom Vertrag zurücktreten darf und Schadenersatzansprüche per se ausgeschlossen sein sollen.

Das Urteil im Detail: [bit.ly/vki-zalando](http://bit.ly/vki-zalando)

## Urteil: Klauseln von T-Mobile rechtswidrig

Als überraschend und gröblich benachteiligend beurteilte das Handelsgericht Wien zwei Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Mobilfunkanbieters T-Mobile Austria GmbH. Denn: Das im Voraus bezahlte Basispaket wird bei Vertragsauflösung nicht zurückerstattet. Außerdem wird die Leistung bei Vertragsabschluss- und -kündigung aliquot zur gekürzten Abrechnungsperiode verringert. Dem Konsumenten können dadurch unerwartet hohe Kosten entstehen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

## Gespräche mit „bob“ werden teurer

Zwischen 20 und 83 Prozent mehr bezahlen Mobilfunkkunden, die den Tarif „bob“ nutzen. Die Telekom Austria erhöht nämlich die Preise und Tarife für die Handy-Billigschiene ab März. Das Unternehmen begründet die Preiserhöhung mit der Inflationsrate und den Kosten für den Netzausbau. Bisher seien die Tarife für die Billigschiene noch nie angepasst worden. Betroffen von der Änderung ist rund die Hälfte der etwa 900.000 bob-Kunden. Diese können ihren Vertrag gratis bis Anfang März kündigen.

Holz-, Aluminium- oder Plastikrahmen – je nach Einsatzgebiet ist ein anderes Modell zu empfehlen

# Auf den Spuren der Yetis: Schneeschuhe im VKI Test

Testergebnisse Schneeschuhe (bei gleicher Punktezahl Reihung nach Preis)

Marke	Type	Preis in Euro	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	Gewicht in g pro Paar (gewogen)	Steighilfe	Technische Prüfung			Einstellen	Wandern	Bergauf gehen	Bergab gehen	Queren	Nachstellen der Bindung	Gehgefühl	Geräusch	PVC
						20 %	5 %	70 %									
<b>Allroundmodelle</b>																	
MSR	Lightning Ascent 22 <sup>1)2)</sup>	300,-	sehr gut (82)	1710	●	++	o	++	++	++	++	++	++	++	++	+	++
Tubbs	Flex Alp 24 <sup>1)2)</sup>	219,-	gut (73)	2060	●	+	o	+	++	+	+	+	+	+	+	o	++
TSL	438 Up & Down Grip <sup>3)</sup>	235,-	gut (73)	1970	● <sup>6)</sup>	++	+	+	+	+	+	+	+	+	o	o	++
Salewa	999 Pro	200,-	gut (71)	1960	●	++	o	+	+	+	+	+	+	+	o	o	++
McKinley	Cross Twin <sup>2)</sup>	90,-	durchschnittlich (59)	2060	●	++	entf.	o <sup>6)</sup>	+	o <sup>6)</sup>	o	o	o	++	-	-	--
Adventuridge	Alpin-Schneeschuh	80,-	durchschnittlich (53)	2030	●	++	+	o <sup>6)</sup>	-	o <sup>6)</sup>	+	o	o	+	o	o	--
Kilimanjaro	Arctic Snow Runner	70,- <sup>7)</sup>	durchschnittlich (41)	2122	●	++	entf.	o <sup>6)</sup>	o	o <sup>6)</sup>	-	-	-	++	o	-	++
<b>Tiefschneemodelle</b>																	
Powderidge	Crest <sup>1)2)</sup>	100,-	gut (71)	1800	○	+	entf.	+	+	+	+	+	o	++	+	+	++
Wolf	Vulcano 27 <sup>1)</sup>	120,- <sup>8)</sup>	gut (66)	1730	○	o	entf.	+	+	+	+	o	o	+	++	+	++
Atlas	11 Series SLS 25 <sup>1)2)</sup>	200,-	durchschnittlich (59)	2010	●	+	+	o <sup>6)</sup>	+	o <sup>6)</sup>	+	+	o	+	+	+	--

Zeichenerklärung: ● = ja ○ = nein entf. = entfällt <sup>1)</sup> in verschiedenen Größen erhältlich <sup>2)</sup> Damenmodell erhältlich <sup>3)</sup> Lightning Verlängerungselement zusätzlich erhältlich (49,95 Euro) <sup>4)</sup> Name des Modells von „Access“ auf „Up & Down Grip“ geändert <sup>5)</sup> Up & Down System <sup>6)</sup> führt zur Abwertung <sup>7)</sup> geändertes Auslaufmodell, Restmengen im Handel erhältlich <sup>8)</sup> nur online erhältlich, z.B. bei www.amazon.at  
 Beurteilungsnoten: sehr gut (++) , gut (+) , durchschnittlich (o) , weniger zufriedenstellend (-) , nicht zufriedenstellend (--)  
 ...für PVC: nicht nachweisbar (++) , nachweisbar (--) Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: September 2013



Wandern im Winter: Mit den richtigen Schneeschuhen gar kein Problem.

Wer nicht Ski fahren kann oder will, aber trotzdem durchs Gelände spuren möchte, greift zu Schneeschuhen. Zehn Modelle hat der Verein für Konsumenteninformation (VKI) getestet und gibt Tipps für den Kauf.

Aluminium für Tiefschnee. Auch wenn es heute noch originale Holzrahmen-Schneeschuhe gibt: Die meisten Modelle sehen ziemlich futuristisch aus und haben mit ihren Vorläufern gerade noch die Form gemeinsam. Dazu zählen zum Beispiel die klassischen Schneeschuhe mit einem Aluminiumrohrrahmen und einer nahezu durchgehenden Kunststoffbespannung. Häufig werden sie in verschiedenen Größen angeboten

und sind für den Einsatz in Tiefschnee gedacht.

**Kunststoff für Allroundsportgerät**  
 Eine schmalere Rahmenform findet sich bei den Schneeschuhen aus Kunststoff. Sie sind auf verfestigtem oder hartem Schnee ideal. Modelle mit Zacken an der Unterseite ermöglichen auch alpine Touren und Querungen in steilem Gelände. Im Handel wird dieser Schneeschuh-Typ meist als Allroundsportgerät angeboten.

Neben der Bauweise ist die Größe des Schneeschuhs entscheidend, um nicht im Schnee zu versinken. Je größer der Schuh, desto eher „schwimmt er auf“ und desto mehr Gewicht verträgt er. Wer mehr Kilo auf die

Waage bringt und noch dazu mit einem schweren Rucksack unterwegs ist, braucht deshalb einen größeren Schuh als ein Leichtgewicht.

**Bindung im Trockentraining testen**  
 Sind Einsatzgebiet und Größe abgesteckt, geht es um die Entscheidung für oder gegen ein Bindungssystem. Schwergängige Riemen und klemmende Ösen sind schon beim Trockentraining im Geschäft kein Spaß. In der Wildnis bei klirrender Kälte kann eine störrische oder unpraktikable Bindung schnell zur Katastrophe werden.

Bevor Sie sich für ein Modell entscheiden, sollten Sie also unbedingt ausprobieren, wie Sie mit der Fixie-

rung zurechtkommen. Und zwar in Kombination mit genau jenen Schuhen, mit denen Sie unterwegs sein werden. Ideal sind feste, wasserdichte Berg- oder Wanderschuhe. Weiche Schuhe oder Winterstiefel sind dagegen weniger geeignet.

Unter den verschiedenen Bindungssystemen ist die Riemenbindung am wenigsten kompliziert. Die einfachste Art der Fixierung fanden wir beim Modell von MSR.

**Kralle gegen Rutschgefahr**  
 Für guten Halt beim Bergauf- und Bergabgehen sowie beim Queren von Hängen sorgen bei allen unseren getesteten Produkten sogenannte Harschkralen. Diese sind meist korbformig

unter dem Grundgelenk angeordnet. Rohrrahmenmodelle haben meist zusätzliche Zacken unter der Ferse, die je nach Einsatzzweck unterschiedlich gut greifen.

Der Großteil der Testkandidaten wirbt mit einer optionalen Steighilfe. Hochgeklappt soll sie das Bergaufgehen in steilem Gelände erleichtern. Wer sich dafür entscheidet, probiert am besten gleich im Geschäft aus, wie gut er mit dem System zurechtkommt und ob sich die Steighilfe durch einfachen Stockeinsatz, also ohne Bücken, aktivieren lässt.

Details und weitere VKI-Tests: [www.konsument.at](http://www.konsument.at) (kostenpflichtig)

AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte: „Mit wenigen Vorkehrungen lassen sich Horrorkonten vermeiden.“

## Ein Smartphone für's Kind – das sollten Sie als Eltern beachten

Die Zahl der Jugendlichen, die ein eigenes Smartphone besitzen, ist in den vergangenen Jahren explosionsartig gestiegen. Insbesondere zu Weihnachten wünschen sie sich häufig moderne Handys. Die Aktionsangebote der Betreiber kommen da gerade recht. Doch gibt es einiges zu beachten.



Kinder und Jugendliche sind im Umgang mit Smartphones unerfahren – das kann zu unerwartet hohen Handyrechnungen führen. Treffen Sie also Vorkehrungen.

All jenen Eltern oder Erziehungsberechtigten, die ihren Kindern ein eigenes Smartphone mit Vertrag gönnen, empfiehlt Konsumentenberaterin Leichte ein paar Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, um unnötige Kostenfallen zu vermeiden.

- **Kostenlose Papierrechnung verlangen:** Bei den meisten Vertragsabschlüssen wird heute eine „Online-Rechnung“ vereinbart. Dies bedeutet, dass die Handynutzer meist eine SMS oder ein E-Mail mit dem monatlichen Rechnungsbetrag erhalten und dadurch erkennen, dass ihre aktuelle Monatsrechnung auf der jeweiligen Internetseite des Netzbetreibers abrufbar ist. „Tatsächlich kontrollieren aber nur wenige die Rechnungen online. Probleme auf Rechnungen fallen insbesondere bei Online-Rechnungen häufig erst viel

zu spät auf“, weiß Leichte. Auf eine kostenlose Papierrechnung umzustellen, ist somit der einfachste Schritt eine Kontrolle der Rechnung zu gewährleisten.

- **Mehrwert- und Bezahldienste sperren:** Für Telefonate zu Rufnummern, die mit 09XX beginnen, dürfen beispielsweise maximal 3,64 Euro pro Minute oder 10 Euro pro Event verrechnet werden. Für ein zehnjähriges

Gespräch mit einer solchen Hotline können demnach bis zu 36,40 Euro anfallen. Da die meisten Eltern mit derartigen Kosten nicht einverstanden sind, empfiehlt die AK Vorarlberg den Vertragsinhabern sicherheitshalber, von vornherein alle kostenpflichtigen Dienste, Rufnummern und Zahlfunktionen zu sperren.

- **Paybox kündigen:** Eine weitere Kostenfalle für Jugendliche kann die

Paybox werden. Sie ist bei den meisten Netzanbietern Vertragsbestandteil. Die Funktion ermöglicht das Bezahlen mit dem Handy – konkret also über die Handyrechnung. Die Liste von Shops und Automaten, mit denen mittels Paybox-Funktion bezahlt werden kann, ist lang. Vom Zigarettenautomaten über Hartlauer bis zum BIPA kann mittels Paybox vielerorts eingekauft werden. Auch hier können Eltern auf ein unnötiges Kostenrisiko verzichten, indem Sie den Vertrag mit der Firma Paybox kündigen.

- **Kundenkennwort für sich behalten:** Zwei wesentliche Errungenschaften schützen zumindest teilweise vor Horrorkonten. Sowohl für das Überschreiten des Datenvolumens im Inland als auch im Ausland gibt es in Österreich zwei Verordnungen, die bei zusätzlichen Kosten fürs Internet in der Höhe von 50 Euro netto eine Sperre einrichten. „Gefährlich ist jedoch, dass diese Sperre durch einfaches Bestätigen aufgehoben werden kann“, warnt die Konsumentenberaterin. Voraussetzung dafür ist, dass man sich mittels Kundenkennwort verifiziert und bestätigt, dass man trotz Erreichen von 50 Euro netto kostenpflichtig weitersurfen möchte. Nicht selten erhalten sowohl Jugendliche als auch Erwachsene deshalb nach wie vor horrenden Rechnungen für die Internetnutzung im In- und/oder Ausland, da sie die Folgen des Verzichts auf das Kostenlimit schlichtweg

nicht abschätzen können. Achtung! Es existieren keine gesetzlichen Kostenobergrenzen der Rechnungsbeträge für Telefonie oder SMS. Weder im Inland noch im Ausland. Regelmäßiges Überprüfen der Freieinheiten ist deshalb unumgänglich.

- **ausländische Netze sperren:** Telefonieren, SMS schreiben und im Internet surfen kosten im Ausland ein Vielfaches im Vergleich zu den inländischen Tarifen. Gerade in Vorarlberg geraten Konsumenten immer wieder unabsichtlich ins Schweizer oder ins deutsche Mobilfunknetz. Für Eltern von Minderjährigen mit Handys empfiehlt sich daher, die Einwahl in ausländische Handynetze zu sperren.
- **SMS-Empfangsbestätigungen ausschalten:** In vielen Geräten ist es technisch möglich, sogenannte SMS Empfangsbestätigungen zu aktivieren. Sie bestätigen, wie der Name schon sagt, den Empfang einer gesendeten SMS und zwar mittels einer weiteren SMS. Diese SMS-Bestätigungen sind kostenpflichtig. Das heißt, sie werden entweder vom Kontingent der Freieinheiten abgezogen oder zusätzlich verrechnet. Sie lassen sich im Handy ein und ausschalten. „Am besten machen Sie Ihre Kinder darauf aufmerksam und prüfen ob die Einstellung ausgeschaltet ist“, rät Leichte.

AK-Konsumentenberatung: [Telefon 050/258-3000](tel:0502583000) oder [konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at](mailto:konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at)

## Computer-Tipp

## HandBrake

Mit HandBrake können Sie Videos, DVDs oder BluRay-Disks in ein für den iPod-, iPad- oder iPhone-kompatibles Format umwandeln. Seit einiger Zeit beinhaltet HandBrake auch Profile für Android-Tablets und Telefone. Das Programm läuft unter Windows, Mac OS X und Linux. Die Ausgabe der Videos erfolgt in einem MP4- oder Matroska-Container (MKV). Das Video wird als H.264 oder MPEG-4 ausgegeben, der Ton als AAC, Vorbis oder MP3, zusätzlich kann der AC3- bzw. DTS-Ton unverändert eingebettet werden. Auch können Videos in eine Warteschlange gelegt werden, die dann der Reihe nach abgearbeitet wird. Die Software ist Open-Source und kann von der Herstellerseite heruntergeladen werden.



Oliver Fink

Download:  
<http://handbrake.fr/>

## Windows 7 und Office 2010 kompakt

Erwerben Sie umfassende Kenntnisse über Windows und das gesamte Office Paket. Neben den im Büroalltag wichtigsten Office-Modulen ist jetzt mit „Online-Zusammenarbeit“ ein völlig neues Modul im Lehrgang enthalten. Dabei geht es um die spannenden Bereiche wie Cloud Computing, Social Media oder auch mobile Endgeräte. Durch die Prüfungen zum ECDL®-Standard erlangen Sie ein europaweit anerkanntes Zertifikat, das Ihre EDV-Kompetenzen im Bereich Windows und Office bestätigt. Der Lehrgang startet am 24. Februar im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

**i** EDV:  
Regina Knecht, 050/258-4030,  
[regina.knecht@ak-vorarlberg.at](mailto:regina.knecht@ak-vorarlberg.at)

## „Life Kinetik“ in Berufswelt und Alltag

Spitzensportler wie Felix Neureuther schwören bereits drauf: „Life Kinetik“ aktiviert ungewohnte Fähigkeiten unseres Gehirns. Jeder nutzt seine 100 Milliarden Gehirnzellen anders, aber keiner schöpft die riesigen Möglichkeiten auch nur annähernd aus. Durch spaßige, visuelle und koordinative Aufgaben für Ihren Körper schafft Ihr Gehirn automatisch neue Verbindungen zwischen den Gehirnzellen. Der Kurs beginnt am 24. Februar im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

**i** Persönlichkeitsentwicklung:  
Regina Knecht, 050/258-4030,  
[regina.knecht@ak-vorarlberg.at](mailto:regina.knecht@ak-vorarlberg.at)

## Coaching Culture für Führungskräfte

Führen ist komplex und anspruchsvoll. Heute steht die Fähigkeit, seine Mitarbeiter zu coachen, gleichrangig neben der Fach- und Entscheidungskompetenz. Dieses für Führungskräfte entwickelte Training setzt auf ein aktives Führungsverhalten und beginnt mit der Basis für eine erfolgreiche Führungsarbeit – dem eigenen Führungsbewusstsein. Darauf aufbauend werden in der Praxis erprobte Werkzeuge vermittelt, die im Berufsalltag genutzt werden können. Der Lehrgang beginnt am 25. Februar im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

**i** Wirtschaft: Angelika Madlener,  
050/258-4034, [angelika.madlener@ak-vorarlberg.at](mailto:angelika.madlener@ak-vorarlberg.at)



Wenn Pädagogen Gespräche mit den Eltern richtig steuern, sind sie für alle Beteiligten fruchtbarer und es kommt zu weniger Missverständnissen.

# „Effektive Gesprächsführung“ von Pädagogen und Eltern

Im April bietet die AK Vorarlberg ein Seminar speziell für Pädagogen im Bereich Kindergarten und Kleinkinder an. Der Fokus liegt dabei auf effektiver Gesprächsführung in Kooperation mit Eltern.

Basis der Zusammenarbeit von Pädagogen und Eltern ist die offene, vertrauensvolle und effektive Kommunikation. Das Wissen über kommunikative Prozesse sowie kommunikative Handlungskompetenz bereichern den Austausch mit Eltern hin zu den gewünschten Zielen. Wenn die Gespräche von Pädagogen richtig gesteuert werden, sind sie fruchtbarer und lassen weniger Missverständnisse zu.

Das Seminar wird von der Diplom-Sozialarbeiterin Elke Schlösser

geleitet. Schlösser gilt als Expertin im Bereich der Elementarpädagogik und hat zahlreiche Publikationen zu Themen wie Interkulturelle Pädagogik, Sprachentwicklung und -förderung beziehungsweise Zusammenarbeit mit Eltern veröffentlicht.

## Hoher Nutzen für die Praxis

Diese Fortbildung bietet Wissen zu zwischenmenschlichen Kommunikationsprozessen an. Sie fundiert Erkenntnisse, die zum Gelingen des pädagogischen Austausches beitragen können. Sie lässt durch Übungen zu, die eigene Kompetenz in der Gesprächsführung zu vertiefen.

Es geht in der Fortbildung um folgende Aspekte:

- Wie „höre“ ich Erwartungen, Hoffnungen, Irritationen und Vorschläge

aus Gesprächsanteilen der Eltern heraus?

- Wie gehe ich auf diese ein?
- Wie teile ich eigene Beweggründe mit?
- Wie stelle ich effektiv Fragen?
- Wie verhalte ich mich in Gesprächen bei Widerstand und Konflikt?
- Wie erläutere ich Sachinhalte, die dem gemeinsamen Engagement für die Kinder dienen?
- Wie können Konflikte so gelöst werden, dass alle Beteiligten zufrieden mit dem Lösungsprozess und den Ergebnissen sind?

Um einen großen Nutzen für die tägliche praktische Arbeit zu erzielen, ist es wünschenswert, dass eigene Gesprächserfahrungen mit Eltern zur Bearbeitung in die Fortbildung eingebracht werden.

## Seminar „Effektive Gesprächsführung“

**Seminartermin:**  
Samstag, 26. April 2014  
**Seminarzeiten:**  
9 bis 16 Uhr  
**Seminarort:**  
AK-Bildungszentrum in Feldkirch,  
Widnau 2-4, 6800 Feldkirch  
**Kosten:**  
30 Euro  
**Anmeldungen:**  
bis 11. April 2014  
(maximal 25 Teilnehmer)  
**Leitung:**  
Diplom-Sozialarbeiterin  
Elke Schlösser

**i** Anmeldung und Information:  
Gabriela Pietsch-Veit, Telefon  
050/258-4026, [gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at](mailto:gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at)

Neue Vorträge der Reihe „Wissen fürs Leben“ im Frühjahr 2014 mit bewährten Referenten

## „Wissen fürs Leben“: Breiter Themen-Mix

Die Veranstaltungsreihe „Wissen fürs Leben“ startet mit hochkarätigen Referenten in das neue Jahr.

Bei der ersten Veranstaltung in diesem Jahr der beliebten Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“ am 23. Jänner erklärt der bekannte Arzt und Hirnforscher Joachim Bauer, dass Kollegialität und gute Führung am Arbeitsplatz wichtige Schutzfaktoren sind, damit Arbeit Freude macht und nicht zum Burnout führt.

Am 31. Jänner geht es um einen bedenklichen Trend. Um „gut drauf“ zu sein, greifen immer mehr Menschen zum Hirndoping: Mit Medikamenten wollen sie Leistung und Stimmung verbessern. Arnold Retzer warnt vor diesem Weg und zeigt, wie man dem „Terror des Solls“ entkommen kann.

„Was ist Schönheit?“ Das fragt die Philosophin Rebekka Reinhard im

Umfeld der Miss-Wahl. Dabei blickt sie am 10. Februar hinter die schöne, äußere Fassade und ergründet die seelisch-geistige Dimension.

Die Veranstaltung mit Hanne Seemann am 18. Februar ist bereits die 50. in der Reihe „Wissen fürs Leben“. Die erfahrene Psychologin präsentiert eine ermutigende Sicht der Lebenswende und der zweiten Lebenshälfte.

Im letzten Vortrag am 25. Februar kommt Eugen Drewermann zu Wort. Er spricht über „Liebe, Leid und Tod“ in den antiken Mythen und zeigt, wie aktuell und zeitlos diese alten Erzählungen sind, um unser Dasein zu deuten und besser zu verstehen.

Der Eintritt ist frei, um Anmeldung wird gebeten.

**i** Anmeldung: Gabriela Pietsch-Veit,  
[gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at](mailto:gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at),  
Telefon 050/258-4026



Der erste Vortrag im Jahr 2014 befasst sich mit dem Thema „Kollegialität und gute Führung.“ Referent ist der bekannte Hirnforscher Joachim Bauer.

Trotz hohem finanziellem Aufwand bewegt sich Österreich in diversen Bildungsstudien nur im Mittelfeld, auch bei der PIAAC-Studie sind die Ergebnisse eher bescheiden

# 1 Million Österreicher ist schwach im Lesen

Österreich schneidet bei Bildungsstudien regelmäßig mit überschaubarem Erfolg ab. Nach den Schlapfen bei der PISA-Studie sind auch die Ergebnisse der PIAAC-Studie (PISA für Erwachsene) in manchen Bereichen eher durchwachsen.

Zehn Jahre nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten Runde der Internationalen Schulleistungsstudie (PISA), ihrer bahnbrechenden Untersuchung der Kenntnisse und Fertigkeiten von 15-Jährigen hat die OECD ihre erste Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener durchgeführt, mit der die Untersuchung der Fertigkeiten auf die gesamte Erwachsenenbevölkerung ausgedehnt wird.

Das Augenmerk der Erhebung, die aus der Internationalen Vergleichsstudie der Kompetenzen Erwachsener (Programme for the International Assessment of Adult Competencies – PIAAC) der OECD hervorgegangen ist, gilt ähnlichen Fertigkeiten – Lesekompetenz, alltagsmathematische Kompetenz und Problemlösekompetenz –, wie sie auch in PISA untersucht werden.

In beiden Erhebungen kommen unterschiedliche Testaufgaben zum Einsatz, womit den unterschiedlichen Voraussetzungen 15-jähriger Schüler

und älterer Erwachsener Rechnung getragen wird.

960.000 Österreicher lesen schlecht PIAAC wurde in den Jahren 2011 und 2012 in 24 Ländern durchgeführt, darunter sind 17 EU-Länder. Für Österreich führte die Statistik Austria im Auftrag des Bildungsministeriums und des Sozialministeriums durch. Laut der Untersuchung können in Österreich 960.000 der 16- bis 65-Jährigen nur schlecht oder gar nicht lesen. Das sind erschreckende 20 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Österreich liegt damit wie schon bei der PISA-Studie für 15- und 16-Jährige beim Lesen unter dem OECD-Durchschnitt. In Mathematik erreichen die Österreicher überdurchschnittliche Leistungen, bei den Computerkenntnissen liegen sie Durchschnitt.

Besonders schlecht sind die Österreicher demnach im Lesen. 17,1 Prozent erreichen nur Kompetenzniveau 1 oder darunter, im OECD-Durchschnitt sind es 16,7 Prozent. Das heißt, dass diese Personen nur kurze Texte lesen können, den Sinn des Gelesenen aber nicht erfassen können. Sie sind dadurch im Alltag, speziell aber auch im Beruf, benachteiligt. Zuviel Informationen oder Ablenkung überfordert sie und bringen sie

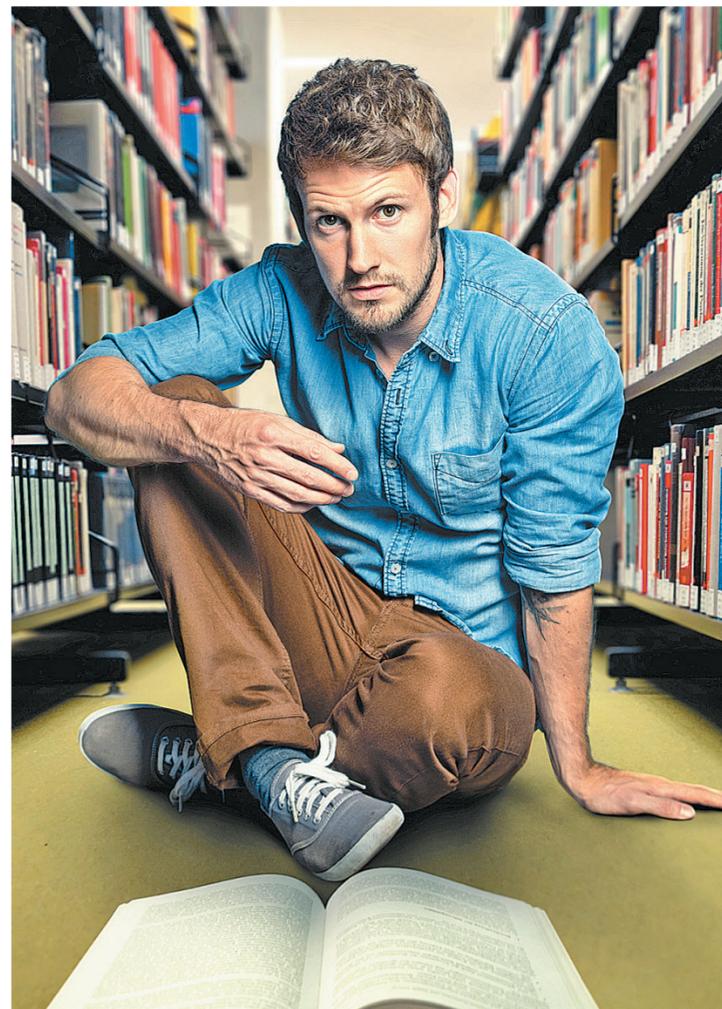
aus dem Takt. Die Gruppe jener, die besonders gut lesen können, ist in Österreich mit 8,4 Prozent deutlich kleiner als im OECD-Durchschnitt (11,8 Prozent).

Ein Hoffnungsschimmer, insbesondere im Bereich Lesen, sind die Jungen. Bei der PISA-Studie 2009 schnitten die 15- bis 16-Jährigen unterdurchschnittlich ab, in der PIAAC-Studie liegen sie im Durchschnitt und sind damit auch besser als die Menge aller Befragten der Untersuchung.

Eine Erklärung dafür, dass die Jungen hier beim Lesen besser abschneiden als in der PISA-Studie, könnte sein, dass der Einfluss der Sekundarstufe und der Hochschule erst in dieser Studie zum Tragen kommt. Die 16- bis 24-Jährigen lieferten vor allem im Bereich Mathematik gute Leistungen ab. Beim Lesen und bei den Computerkenntnissen waren sie durchschnittlich.

## Bildung wird vererbt

Einen großen Unterschied gibt es in Österreich auch zwischen jenen, die Deutsch als Erstsprache haben, und jenen mit einer anderen Muttersprache. Erstere Gruppe liegt in der Lesekompetenz 35,5 Punkte vor der zweiten, das entspricht fünf Bildungsjahren. Im OECD-Durchschnitt liegt der Un-



Fast zwanzig Prozent der 16- bis 65-jährigen Österreicher können nur mangelhaft lesen.

terschied bei nur 29,5 Punkten. Die Leistungsunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind in Österreich um 20 Prozent größer als in den anderen Ländern, die teilgenommen haben.

Auch zeigt sich erneut, dass Kinder in Österreich Bildung von den Eltern vererbt bekommen. Es gibt einen

starken Zusammenhang zwischen der Lesekompetenz und dem Bildungshintergrund der Eltern. Von jenen, deren Eltern maximal eine Pflichtschule absolviert haben, können 27,5 Prozent schlecht lesen. Bei Personen, deren Eltern eine Hochschule besucht haben, liegt der Wert bei 5,8 Prozent.

AK-Präsident im Gespräch mit Arbeitnehmern und Betriebsräten verschiedener Branchen

## Hämmerle in Kontakt mit Arbeitnehmern

Arbeitnehmertage und Betriebsbesuche sind für Hubert Hämmerle gute Möglichkeiten sich über die Anforderungen an die Arbeitnehmer Vorarlbergs zu informieren.

Regelmäßig besucht AK-Präsident Hubert Hämmerle verschiedene Betriebe in Vorarlberg. Besonders wichtig ist ihm dabei, ein guter Mix verschiedener Betriebsgrößen, unterschiedlicher Sparten und vielfältiger Regionen. Zu Besuch war er bei der Tischlerei

Zech beziehungsweise Protec Steuerungen und Prozesstechnik in Feldkirch.

Immer wieder besuchen auch Betriebsräte die AK Vorarlberg in Feldkirch, um sich über ihr Dienstleistungsangebot zu informieren. Neben der Vorstellung der einzelnen Referate und Ansprechpartner ergeben sich bei diesen Besuchen immer wieder interessante Gespräche über die Aufgaben und Problemfelder in der täglichen Arbeit als Betriebsratskörperschaft.



Hubert Hämmerle mit den Betriebsräten der Montafonerbahn AG Schruns.



AK-Präsident Hämmerle in der Produktion der Tischlerei Zech.



Der Betriebsrat des Logistik- und Transportprofis Gebrüder Weiss beim AK-Besuch.



Firmenbesuch beim Steuerungs- und Prozesstechniker Protec in Feldkirch.

## Buchtipps

### Selbsthilfegruppe für einen entstellten Superhelden

Alina Bronsky erzählt vom Aufbruch aus der Isolation, von der Hoffnung auf Verständnis, von der Sehnsucht, als der erkannt zu werden, der man wirklich ist, und damit von allem, was das Erwachsenwerden ausmacht. Rasend komisch und herzzerreißend traurig, niemals weinerlich, aber immer wieder herrlich böse. Marek traut seinen Augen nicht, als er den Gruppenraum im Familienbildungszentrum betritt: ein Stuhlkreis mit sechs verehrten Jugendlichen, geleitet von einem unrasierten Guru mit sanfter Stimme und langem Haar. Ausgerechnet eine Selbsthilfegruppe. Marek dachte, er würde eine Lerngruppe für das externe Abitur besuchen, und will mit der „Krüppeltruppe“ eigentlich nichts zu tun haben, doch schon ist er mittendrin und sein Leben steht plötzlich Kopf. In Alina Bronskys drittem Roman geht es erneut so rasant zu, dass man nicht weiß, ob man gerade lachen oder weinen soll. Ihr jugendlicher Held hat eine Kampfhund-Attacke auf sein Gesicht hinter sich, will mit dem Leben nichts mehr zu tun haben und das Leben nichts mehr mit ihm. Die Nummer seiner Freundin hat Marek auf immer und ewig gelöscht. Auf die Straße traut er sich nur im Dunkeln, und auch dann nur mit Sonnenbrille.

Alina Bronsky  
Nenn mich einfach Superheld



Kiepenheuer & Witsch-Verlag  
Köln, 240 Seiten,  
gebunden, ISBN  
978-3-462-  
04462-1, 16,99  
Euro



Gastredner Harald Krassnitzer spricht über alte Zeiten, neue Werte und die Zukunft unserer Kinder in Österreich.



Monika Brunner und AK-Direktor Rainer Keckeis.

**Sicherheitstipp**

**Unfälle mit Leitern**



Mag. Dr. Robert Seeburger, 05574/78601

Unfälle mit Leitern sind wegen ihrer Häufigkeit und wegen der Schwere der Verletzungen nicht zu unterschätzen. 35 Prozent der Leiterunfälle führen zu Brüchen, Wirbelsäulen- oder Schädelverletzungen mit mehr als 20 Ausfalltagen. Die restlichen Unfälle haben Prellungen, Verstauchungen oder Abschürfungen zur Folge. Mehr als die Hälfte der Unfälle ereignen sich, wenn Arbeiten auf Leitern durchgeführt werden. Die Reihenfolge der Unfallursachen: Abrutschen von der Sprosse oder daneben steigen, Wegrutschen sowie Wegkippen der Leiter.

Tipps zur Vermeidung solcher Unfälle:

- Bodenbeschaffenheit beachten
- eine Standsichere Aufstellung – die Leiter gegen Abrutschen sichern
- Der Anstellwinkel sollte zwischen 3:1 und 4:1 liegen (nicht zu flach und nicht zu steil).
- Die Leiter muss einen Meter über die Ein- beziehungsweise Ausstiegsstelle ragen.
- vor Besteigen die Leiter auf Schäden überprüfen
- Das Ausbessern von defekten Leitern zum Beispiel durch Nageln ist verboten.
- Das behelfsmäßige Verlängern von Leitern ist verboten.
- Bei Stehleitern sind Spannketten oder Gurte als Spreizsicherung zu verwenden
- Bei Stehleitern dürfen die oberen Holmenden keine Quetschstelle bilden.
- Die maximale Länge bei Sprossenangeleitern beträgt acht Meter.
- Anlegeleitern dürfen sich nicht gefährlich durchbiegen
- Der Holmabstand sollte mindestens 28 Zentimeter betragen.
- Die Sprossenabstände sollten gleichmäßig sein und nicht mehr als 30 Zentimeter betragen.
- nur kurzfristige Arbeiten von Leitern aus durchführen
- bei Arbeiten auf der Leiter nicht seitlich hinauslehnen
- Arbeiten sind grundsätzlich bis zu einer Leiterhöhe von maximal fünf Metern erlaubt.
- spezielle Beschränkungen für Jugendliche beachten

# AK-Neujahrsempfang 2014: Zurück zu alten Werten

AK-Präsident Hubert Hämmerle und AK-Direktor Rainer Keckeis haben am 9. Jänner zum traditionellen Neujahrsempfang in der AK geladen. Gastredner Harald Krassnitzer schilderte, was es heute heißt, ein Bürger Österreichs zu sein.

Nachdem AK-Direktor Rainer Keckeis die Gäste des Neujahrsempfanges begrüßte, hielt die Neujahrsrede in diesem Jahr nicht wie üblich der AK-Präsident. Er gab das Wort an Schauspieler Harald Krassnitzer. Dieser schilderte, wie es war, in einer Arbeiterfamilie in Österreich aufzuwachsen, in einer Zeit, als die Menschen noch „etwas Besseres“ wollten für ihre Kinder. Eine Idee, ein Gedanke, den es so heute nicht mehr gibt, wie Krassnitzer bemerkt. „Unsere Kinder werden von uns nur unsere Schulden erben.“ Auch er als Bürger merkt schon lange: Da läuft etwas gewaltig schief in Österreich.

Zu den Gästen zählten unter anderem: Landeshauptmann Mag. Markus Wallner, die Landesräte Dr. Bernadette Mennel, Dr. Greti Schmid, Dr. Christian Bernhard, Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Nussbaumer, die Landtagsvizepräsidenten Ernst Hagen und Peter Ritter, die Bundesräte Cornelia Michalke und Edgar Mayer, der türkische Generalkonsul Cemal Erbay, Landesstatthalter Mag. Karlheinz Rüdissler, die Landtagsabgeordneten Manuela Hack, Mag. Albert Hofer, Dr. Hubert Kinz und Kornelia Spiß, Klubobmann Dieter Egger, Kommerzialrat Walter Eberle, die Altpräsidenten Josef Fink und Bertram Jäger, Bezirkshauptmann Dr. Berndt Salomon sowie die Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold, Werner Müller, Mag. Harald Witwer, DI Richard Amann, Christian Gantner, Karl Hehle, Mandi Katzenmayer, Thomas Pinter, Dietmar Summer und Michael Tinkhauser.



Nina Tomeselli, Valide Aydin, Katharina Wiesflecker, Annibe Riedmann, Sadettin Demir und Ayse Demir.



Waltraud Rädler, Wolfgang Kofler und Melina Kloiber.



LH Mag. Markus Wallner mit Harald Krassnitzer und Hubert Hämmerle.



Manuela Auer mit Norbert Loacker, Stefan Meusburger und Dieter Egger.



Adnan Dincer und AK-Präsident Hubert Hämmerle.



Altpräsident Josef Fink, Perinne Palombo und Bundesrat Edgar Mayer.

Weitere Informationen und die Studie über Leiterunfälle finden Sie unter: [www.arbeitsinspektion.gv.at](http://www.arbeitsinspektion.gv.at)

Meine Meinung zum Thema

Postgebühr zahlt Empfänger

An die  
AK Vorarlberg  
Redaktion AKtion  
Widnau 2-4  
6800 Feldkirch

Name / Adresse

Ihre Zuschriften werden belohnt

## Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen



Sie mit etwas Glück einen kabellosen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an [leserbrief@ak-vorarlberg.at](mailto:leserbrief@ak-vorarlberg.at) senden. Bitte beachten Sie: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der Absender muss zumindest der Redaktion bekannt sein.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: das Bonus-Malus-System (Seite 3), die geplante Obsoleszenz von Waren (Seite 3), der EU-Rahmenvertrag gegen die Ausbeutung von Praktikanten (Seite 5) und leistbares Wohnen in Vorarlberg (Seiten 6 und 7).

Gewinnen Sie einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“!